



metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

Die **metall**zeitung
wird 60 Jahre alt

LEBEN

SEITE 18/19

Das bietet der
Rechtsschutz

ARBEIT

SEITE 24

Arbeitszeugnis:
Was rein muss

BEZIRK

SEITE 28



Altersteilzeit

Einer für alle, alle für einen

THEMEN IM HEFT



Foto: Franzel Drepper / Artvertise

Altersteilzeit

Bisher funktioniert die Stabübergabe zwischen Alt und Jung im Betrieb. Dank Altersteilzeit rutschten allein im vergangenen Jahr fast 105 000 Menschen auf eine feste Stelle. Diese Brücke wird zurzeit noch von der Bundesagentur für Arbeit gefördert. Doch die Zuschüsse gibt es nur bis Ende 2009. Die IG Metall hat ihre Tarifverträge zur Altersteilzeit gekündigt und kämpft nun für eine Anschlussregelung. In der **metallzeitung** erzählen Carsten Lammert, Margarethe Nachtigall und Josef Sobotta, warum Altersteilzeit für alle wichtig ist. **SEITE 10 BIS 13**

Titelfoto: Franzel Drepper / Artvertise



Foto: PW Arbeiter fotografie

Kfz-Handwerk: Noch mehr Warnstreiks

Auch im April gingen deutschlandweit wieder Tausende Kfz-Beschäftigte auf die Straße, um für ihren Tarifvertrag zu kämpfen. **SEITE 5**



Foto: Sageo / bildmaschine.de

Achtung: Bespitzelung droht uns allen

Überwachung wie bei Lidl? Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Immer mehr Beschäftigte werden dauerhaft kontrolliert. **SEITE 14**



Foto: Werner Bachmeier

Metaller, Motorräder und der 1. Mai

In München werden rund 100 Metaller auf ihren Bikes zur Maikundgebung erwartet. Organisiert hat das Michael Jell. **SEITE 17**

Anzeige

IMPRESSUM

metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich
im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweipius.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metallzeitung** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

ALTERSTEILZEIT



Bertholt Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über den demografischen Wandel und die Altersteilzeit.

Foto: Frank Rumpenhorst

Die neue Altersteilzeit – für jung, für alt, für alle

Die Arbeitgeber verschließen die Augen vor dem demografischen Wandel. Die IG Metall wird hier mit ihrer Tarifpolitik eingreifen.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Auch in den Betrieben. Doch die Arbeitgeber verschließen ihre Augen vor dem demografischen Wandel. Sie fordern von den Belegschaften immer härtere und immer schnellere Arbeit. Was für sie zählt, ist der kurzfristige Gewinn. Eine vorausschauende Planung existiert in den seltensten Fällen. 70 Prozent der Arbeitgeber sehen sich nach einer Umfrage beim Thema »alternde Belegschaften« überhaupt nicht betroffen.

Wer das behauptet, ist entweder blind oder täuscht die Menschen bewusst. Wir brauchen dringend alters- und altersgerechte Arbeitsplätze. Und wir brauchen die Möglichkeit für einen flexiblen Altersausstieg vor dem gesetzlichen Rentenalter – auch weiterhin. Weil viele Beschäftigte nach dreißig, vierzig Jahren Maloche nicht mehr können. In der Schicht- oder taktgebundenen Arbeit ohnehin nicht. Aber überall, bis hin zu hoch qualifizierten Beschäftigten wird

der Druck immer stärker. Es ist deshalb absurd, dass die Politik die Förderung der Altersteilzeit ab 2009 über die Bundesagentur für Arbeit einstellen will. Wie die Arbeitgeber verfahren sie nach der Devise: im Zweifel einfach wegschauen.

Die IG Metall wird hier eingreifen. Wir kämpfen in den nächsten Monaten für einen Tarifvertrag zur neuen Altersteilzeit. Die Möglichkeit für einen vorzeitigen Ausstieg nützt allen: Schülerinnen und Schüler haben größere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Azubis werden eher übernommen. Ein gesunder Altersmix sichert Arbeitsplätze und innerbetriebliche Aufstiegsmöglichkeiten für die mittlere Generation. Und die älteren Kolleginnen und Kollegen haben die Chance auf einen Ausstieg, wenn sie nicht mehr können. Nicht Jung gegen Alt oder Alt gegen Jung, sondern die neue Altersteilzeit. Alle Generationen ziehen an einem Strang. Nicht gegeneinander, nur miteinander gestalten wir die Zukunft.

Bertholt Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **metallzeitung wird 60 Jahre**
Die Zeitung der IG Metall ist Anwältin der Arbeitnehmer.
- 5 **Kfz-Handwerk**
Metaller-Aktionen machen den Werkstätten Druck.
- 6 **Ermächtigungsgesetz**
Wie die Nazis die Gewerkschaften zerschlugen.
- 7 **Leitlinien für Betriebsräte**
Betriebsräte verdienen durchschnittliche Gehälter.
- 8 **Leiharbeit**
Interview mit Enthüllungsjournalist Günter Wallraff.
- 9 **Pflaume des Monats**
Ex-Präsident Herzog wettet gegen den Mindestlohn.

TITEL

- 10 **Altersteilzeit**
Einer für alle, alle für einen: Die IG Metall kämpft für eine neue Regelung der Altersteilzeit. Für jung, für alt, für alle.

REPORTAGE

- 14 **Überwachung am Arbeitsplatz**
In den Firmen werden immer mehr Daten gespeichert.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch beim Biker Michael Jell in München.

- 18 **Service für Mitglieder**
Was der Rechtsschutz Mitgliedern alles bietet.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Turan Kaya drohte nach 35 Jahren die Abschiebung.
- 20 **Guter Rat**
Arbeitslos? So schnell wie möglich beim Amt melden.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: 18 Flaschen spanischer Rotwein.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Chefs boten Hähnchen statt Lohnerhöhung.
- 23 **Die gute Idee**
Mit Tarifcheck werden Kfz-Betriebe ausgezeichnet.
- 24 **Unsere Tipps**
Arbeitszeugnis: Wann die Korrektur erlaubt ist.
- 25 **So geht es besser**
Azubis erhalten dank der IG Metall eine zweite Chance.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Greenpeace testete Notebooks: viel Gift eingebaut.
- 26 **Ökonomie mal anders**
Stephan Schulmeister über die Vorliebe zu spekulieren.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Demografischer Wandel.

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**



Foto: Christian von Polentz / transfoto.de

Aufstehen gegen Leiharbeit und Ungerechtigkeit

Anlässlich der zweiten Verhandlungsrunde im Entgelttarifvertrag Zeitarbeit demonstrierten Gewerkschafter in Berlin. SEITE 8/9

60 JAHRE **METALL**ZEITUNG (1948 BIS 2008)

Anwältin der Arbeitnehmer

In diesem Monat gibt es ein Jubiläum zu feiern: Die **metall**zeitung wird 60 Jahre alt. Und eine Zahl beeindruckt: Über 300 Millionen Exemplare werden mit dieser Ausgabe erreicht. Nicht in 60 Jahren, aber seit der Umstellung auf die monatliche Erscheinung 1995. In der wechselvollen Geschichte hat sich die Zeitung immer als Anwältin der Arbeitnehmer verstanden.

60 Jahre **metall**zeitung sind auch 59 Jahre Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In den 50er Jahren ging es um den Aufbau einer Demokratie in Deutschland, um die Mitbestimmung (1952), um die Lohnfortzahlung bei Krankheit (1956/57), gegen die Wiederbewaffnung und den Kampf um das freie Wochenende (»Samstags gehört Vati mir«). Gesellschaftliche Konflikte, die die IG Metall und die **metall**zeitung für die Sache der Arbeitnehmer aufgriffen. In den 60er Jahren war die Zeitung auf der Seite der Studenten, gegen die Notstandsgesetze und gegen die Politik der ersten Großen Koalition von 1966 bis 1969.

Die 70er Jahre waren das Jahrzehnt der sozial-liberalen Koalition. Der Journalist Günter Wallraff veröffentlichte in der **metall**zeitung seine ersten Sozialberichte und seine Reportagen

aus der Industrie. Damit erreichte die Zeitung Aufmerksamkeit über den gewerkschaftlichen Leserkreis hinaus. Auf dem Gewerkschaftstag 1971 erhob die IG Metall zum ersten Mal die Forderung nach einer kürzeren Wochenarbeitszeit. Der Stahlstreik 1978 brachte den Einstieg über den Urlaub, der in dieser Branche auf

JUBILÄUM UND GROSSE ZAHL

300 Millionen Zeitungen seit 1995.

Heute kann die Redaktion den Weg der Zeitung bis zum Empfänger oder zur Empfängerin verfolgen. Welcher Leser oder welche Leserin das 300 Millionste Exemplar am 30. April erhalten hat, werden wir in der nächsten Ausgabe vorstellen.

sechs Wochen verlängert wurde. 1978 war auch das Jahr des Umbruchs für die **metall**zeitung. Der langjährige Chefredakteur Jakob Moneta (1962 bis 1978) ging in den Ruhestand. Sein Nachfolger Jürgen Mechelhoff (bis 1996) leitete einen radikalen Umbau ein. Aus der Zeitung **metall** wurde die Zeitschrift der IG Metall im Magazinformaat. Das Format wurde kleiner, Schrift und Anmutung wurden den neuen drucktechnischen Gegebenheiten angepasst. Und **metall** wurde regionaler. Durch die Wechelseiten erhielten nun die Bezirke und Verwaltungsstellen ein Forum, in dem sie ihre Arbeit vor Ort und in der Region darstellen konnten.

Die 80er Jahre waren der Einstieg in die Elfenbogengesellschaft durch die Politik der Regierung Kohl. Und der Skandale. **metall** ließ keinen aus, weder Parteispenden noch Neue Heimat. Und es war der Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Im April 1983 beschloss der IG Metall-Vorstand, die »Verkürzung der Wochenarbeitszeit zum Schwerpunkt der Tarifpolitik zu machen«. **metall** stellte ab November 1983 mit einer Serie publizistisch die Weichen für diesen Kampf. Im Mai 1984 begann der Streik. Er endete im Juli mit dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche, die in der Metall- und Elektroindustrie rund elf Jahre später verwirklicht werden sollte.

Ein weiteres Kapitel schlug **metall** 1995 auf: Das Magazin wurde vierfarbig, die Erscheinungsweise, bislang alle 14 Tage, auf monatlich umgestellt. Die Bezirke erhielten drei Seiten, die Verwaltungsstellen blieben bei einer. Das Geld wurde knapper, auch **metall** musste sparen. Das Magazin kam nur noch zehn Mal im Jahr heraus. Im 60. Jahr hat sich **metall** wieder verändert. Seit September 2007 erscheint die Zeitung unter dem Namen, den sie immer im Umgang hatte: **metall**zeitung. Nicht nur im neuen Gewand. Die Zeitung wird nun an alle Mitglieder nach Hause geschickt und das jeden Monat. Sie ist damit ein wichtiges Bindeglied zwischen der IG Metall und ihren Mitgliedern. ■

Werner Hoffmann
(Chefredakteur bis Oktober 2007)

Im Wandel: In den vergangenen 60 Jahren veränderte auch die Mitgliederzeitung der IG Metall ihr Äußeres. Der technische Wandel in der Druckbranche hatte auch immer Einfluss auf die Gestaltung. Nur die Inhalte blieben nahezu gleich.



Foto: Michael Schinke



Foto: PW Arbeiter fotografie

Detlef Wetzel unterstützte die Aktion an der dänischen Grenze.

Warnstreik statt Werkstatt

Im April stritten tausende Kfz-Beschäftigte zwischen Flensburg und Bodensee mit teils spektakulären Aktionen für faire Entgelte.

Autofahrer, die ihren Wagen zur Reparatur bringen wollten, mussten sich im April öfter in Geduld üben. Viele Werkstätten waren leer, tausende Beschäftigte zwischen Küste und Alpen befanden sich im Warnstreik.

Es gab zwar (bis Redaktionschluss) mehrere Tarifabschlüsse. Zum Beispiel in Baden-Württemberg, an der Saar und in Hessen. Dort erhalten die Kfz-Handwerker ab April 2,5 Prozent mehr Geld und weitere zwei Prozent jeweils ab Dezember 2008 und 2009.

Aber wie immer mussten sich die Beschäftigten das erkämpfen. In Hannover zum Beispiel fuhr am 10. April 400 Menschen in einem Autokorso durch die Stadt. Einen Tag später blockierten fast 500 Streikende aus Flensburg eine

Stunde die Grenze nach Krusau in Dänemark. Da in den kleinen Kfz-Werkstätten im Norden meist kaum mehr als 15 Menschen arbeiten, war die IG Metall sehr stolz, dass so viele kamen. Mit ihrer Aktion wollten sie zeigen, dass auch in den Tarifverhandlungen »die Grenze erreicht« war.

Vorher waren Verhandlungen um fünf Prozent mehr Lohn gescheitert. Die Arbeitgeber hatten kein Angebot gemacht, sondern selbst Forderungen gestellt: Unbezahlte Mehrarbeit sollen die Beschäftigten leisten und auf 70 Prozent des Urlaubs- und Weihnachtsgelds verzichten. Auch in Nordrhein-Westfalen wollten die Arbeitgeber die Sonderzahlungen kürzen können und zwei Urlaubstage streichen. **syk**

Ein vernünftiges Ergebnis

Sozialplan bei Nokia in Bochum ist 200 Millionen Euro schwer.

Für die Vernichtung von 2300 Arbeitsplätzen in Bochum muss Nokia 200 Millionen Euro in einen Sozialplan zahlen. Auf dieses Ergebnis haben sich Arbeitnehmervertreter und Firmenleitung geeinigt. Über 200 Beschäftigte hatten vor der Düsseldorf-Deutschlandzentrale des Handy-Herstellers Druck gemacht und so ihre Unterhändler unterstützt.

Ursprünglich wollte Nokia gerade mal 70 Millionen zahlen.

Bochums IG Metall-Bevollmächtigte Ulrike Kleinebaum ist daher mit dem Resultat zufrieden: »Ein vernünftiges Ergebnis.«

Über eine Transfargesellschaft sollen Betroffene jetzt neue Arbeitsplätze finden. Außerdem muss Nokia Investoren suchen, die tarifliche Jobs anbieten. **fra**

Noch ein Nazi im Bezirksvorstand der CGM

Thomas Scharfy war jahrelang Mitbetreiber von Neonazi-Internetseiten. Jetzt sitzt er im Bezirksvorstand der »Christlichen Gewerkschaft Metall« (CGM) in Stuttgart. In den 90er Jahren war Thomas Scharfy unter dem Pseudonym »Gonzo« einer der Köpfe der Neonazi-Online-Plattform »Thule-Netz«. Über das Thule-Netz haben Rechtsextreme in ganz Deutschland ihre Aktionen koordiniert. Später betrieb Scharfy das Internetforum der rechtsradikalen »Nationalen Aktionsfront«.

Vor zwei Jahren kandidierte Scharfy dann erstmals bei einer Betriebsratswahl für die »Christ-

liche Gewerkschaft Metall« (CGM) – unter dem Motto »Menschlichkeit ist wählbar«. Ohne Erfolg. Ende 2006 wählte ihn die CGM in ihren Bezirksvorstand in Stuttgart. Ebenso wie den Nazi-Rocker Oliver Hilburger. Doch während Hilburger in Folge der Berichterstattung der **metallzeitung** zurückgetreten und auch als Arbeitsrichter abgesetzt ist, sitzt Scharfy immer noch im Amt. Nebenher betreibt er einen Versand mit der in der EU wegen Gesundheitsrisiken verbotenen Süßpflanze Stevia. Bis heute hat sich Thomas Scharfy nicht von seiner Neonazi-Aktivität distanziert. **de**

Spaltung in Arm und Reich wächst

Die mittlere Einkommensschicht in Deutschland bröckelt.

Der Anteil der Bezieher mittlerer Einkommen ist von 62 Prozent im Jahr 2000 auf 54 Prozent im Jahr 2006 zurückgegangen. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Zugleich hat sich unten der Anteil der Niedrig-Einkommen (weniger als 70 Prozent des Durchschnittseinkommens) von 19 Prozent auf 25 Prozent stark er-

höht, ebenso wie am oberen Ende die Top-Verdiener (mehr als 200 Prozent des Durchschnitts) von 5,3 auf 9,2 Prozent. »Das belegt doch, woran es unserer Gesellschaft mangelt: an Gerechtigkeit, an Fairness und sozialem Ausgleich«, betont der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber. »Wir wollen, dass sich wirtschaftliches Handeln am Gemeinwohl orientiert.« **de**

Der Mittelstand bröckelt: Immer mehr werden arm.

Wer einmal ganz unten ist, hat kaum noch eine Chance.



54%
Mittelstand

25%
armutsgefährdet

Quelle: Der Spiegel, Illustration: Birgit Lang



Nazi-Sturm auf die Gewerkschaften

2. MAI 1933: Nazi-Sturmabteilungen (SA) besetzen das Gewerkschaftshaus am Engelufer in Berlin. So wie hier werden überall in Deutschland zeitgleich sämtliche Gewerkschaftshäuser gestürmt und beschlagnahmt. Die Gewerkschaften werden aufgelöst und ihr Vermögen enteignet. Gewerkschafter werden verhaftet und ermordet.

Foto: dpa / pa

DER 2. MAI 1933

Nazis zerschlagen die Gewerkschaften

Am 2. Mai 1933, morgens um 10 Uhr in Deutschland. Nazis stürmen die Gewerkschaftshäuser, verwüsten die Einrichtungen, plündern und beschlagnahmen die Kassen. Gewerkschafter werden misshandelt und verhaftet. Viele werden später in Konzentrationslagern ermordet. Freie Gewerkschaften gibt es ab jetzt nicht mehr. In Hitlers Führerstaat ist für sie kein Platz.

Am 30. Januar 1933, ernannt der Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Von einer Mehrheit im Reichstag ist Hitler weit entfernt. Doch Deutschnationale Politiker und Unternehmer konnten Hindenburg überreden.

In den folgenden Wochen krepeln Hitlers Leute Verwal-

tung und Polizei auf Nazilinie um. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Juden werden terrorisiert, misshandelt und in erste KZ verschleppt.

Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März entmachtet das Hitler-Regime den Reichstag. Die Nazis verbieten die Kommunistische Partei und erreichen so die

nötige Mehrheit. Die SPD stimmt gegen das Gesetz. Viele SPD-Abgeordnete bezahlen ihren Mut später mit dem Tod im KZ.

Die Republik ist nun endgültig am Ende. Parteien und Verbände werden aufgelöst. Gewerkschaftshäuser werden überfallen. Doch noch hoffen die Gewerkschaften aufs Überleben – und unterwerfen

sich formal den Nazis. Am ersten Mai, von Hitler zum »Tag der nationalen Arbeit« erklärt, marschieren die Gewerkschaften unter dem Hakenkreuz mit. Doch da ist ihre Zerschlagung schon lange beschlossen und durchgeplant. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung

Der 1. Mai 2008 steht unter dem Motto »Gute Arbeit muss drin sein!«

Die IG Metall will zudem das Thema Gerechtigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft aufgreifen. Hauptreden in Mainz, Wolfsburg und Düsseldorf.

»Gute Arbeit« steht im Zentrum der diesjährigen Maifeiern der DGB-Gewerkschaften. »Gute Arbeit«, die soziale Sicherheit und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, kommt zur Kundgebung nach Mainz. Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber redet in Wolfsburg,

der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel in Düsseldorf.

Neben dem Motto »Gute Arbeit« greift die IG Metall das Thema Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft auf. Renditen und Managergehälter steigen ins Unendliche – Arbeitsplätze werden vernichtet. Banken und Fonds verzocken Milliarden am Finanzmarkt – und

DAS MOTTO: GUTE ARBEIT

■ »Gute Arbeit« bedeutet: gute Löhne, existenzsichernde Renten, gleiches Geld für gleiche Arbeit – auch für Leihbeschäftigte, Zeit für die Familie, Umwelt- und Arbeitsschutz sowie berufliche Bildung für eine sichere Zukunft der Arbeit.

lassen sich die Verluste von der Allgemeinheit bezahlen. Von den Gewinnen jedoch sieht die Allgemeinheit wenig.

Vor diesem Hintergrund hat Berthold Huber eine Diskussion über neue Werte angestoßen: für eine Wirtschaft, die sich »am Gemeinwohl orientiert« und in der »Menschen mitbestimmen«. **de**

► www.igmetall.de → 1. Mai 2008



Betriebsrat neu beleuchten

Derzeit malen Medien Betriebsräte oft als latent korrupte Bonzen. Die Realität sieht anders aus: Normales Geld. Für harte Arbeit.

In der IG Metall wird derzeit über neue Leitlinien für die Betriebsratsarbeit diskutiert – auch über die Offenlegung der Betriebsrats-einkommen. Denn entgegen den in Medien verbreiteten Mutmaßungen verdienen Betriebsräte real kaum mehr, als normale Beschäftigte. Dabei ist ihre Arbeit oft aufwändig, mit vielen Abend- und Wochenendterminen – und gerade in Krisensituationen stres-

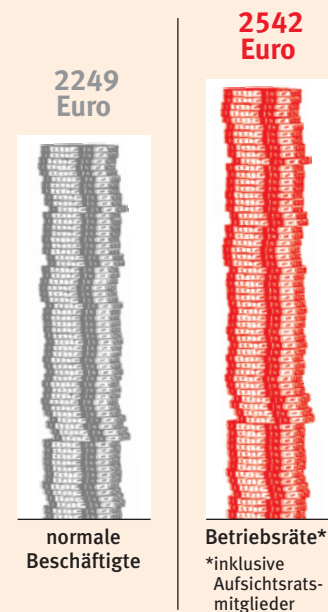
sig. Und: Nur 6,5 Prozent der Betriebsräte sind tatsächlich von ihrer ursprünglichen Arbeit freigestellt. Die übrigen machen im Grunde zwei Jobs gleichzeitig.

Der IG Metall-Vorstand hat bereits offengelegt: Ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall verdient durchschnittlich 180 000 Euro im Jahr – der Erste Vorsitzende Berthold Huber 238 000 Euro. **de**

IM AUFSICHTSRAT

Die IG Metall hat 1683 Vertreter in Aufsichtsräten, die meisten davon sind Betriebsräte. Sie erhalten durchschnittlich 15 000 Euro Aufsichtsrats-Tantiemen im Jahr. Davon bleiben etwa 3000 Euro netto. Der größte Teil des Geldes geht an die Hans-Böckler-Stiftung, die damit Stipendien für Arbeitnehmerkinder, Qualifizierung für Aufsichtsräte und Forschung finanziert. 95 Prozent der IG Metall-Aufsichtsräte führen korrekt ab. Die übrigen werden, wenn nötig, sogar verklagt. Hierzu hat die IG Metall eine spezielle Stelle mit einem ehrenamtlichen Kontrollausschuss. Einmal im Jahr bekommen alle Mitglieder eine Tantiemenliste mit der November-Ausgabe der **metallzeitung** nach Hause geschickt.

So viel verdienen IG Metall-Betriebsräte



Quelle: IG Metall, Beiträge und Leistungen. Daten beziehen sich nur auf IG Metall-Mitglieder.

Ymos muss weiter Renten zahlen

Offenbacher Arbeitsrichter bestätigen Rentner und IG Metall.

Der frühere Offenbacher Autozulieferer Ymos ist damit gescheitert, früheren Beschäftigten die Betriebsrente zu kürzen oder zu streichen.

Die Ymos AG hatte allen 1800 Betriebsrentnern mitgeteilt, dass ihre Rente ab sofort gestoppt werde. Grund: Unter der Vereinbarung über die Betriebsrente fehlten Unterschriften. Mit Unterstützung der IG Metall hatten

58 Rentner gegen den Coup geklagt. »Das Vorgehen des Ymos-Vorstands stinkt zum Himmel«, kritisierte Werner Dreibus, Erster Bevollmächtigter der Offenbacher IG Metall.

Die Offenbacher Arbeitsrichter sahen das ähnlich. Ihr Urteil: Der Rentenstopp sei »nicht zu rechtfertigen«. Die IG Metall rät nun allen Betroffenen, ebenfalls zu klagen. **fra**

Betriebe sparen durch längere Arbeitszeiten

Beschäftigte in Deutschland arbeiten immer länger. Allein zwischen 2005 und 2007 weitete ein Viertel der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und Betriebsrat die Arbeitszeit aus. Doch nur gut die Hälfte zahlt dafür einen Lohnausgleich, berichtet das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI). Es handelt sich dabei um eine Verlängerung der ganz normalen Arbeitszeit. Die IG Metall beobachtet den Trend mit Sorge und will auch künftig gegen längere Arbeitszeiten vorgehen. **fam**



Foto: bilderbox.de

Viele Betriebe weiten ihre Arbeitszeiten aus. Doch nur die Hälfte zahlt dafür einen Lohnausgleich.

Mindestlohn-Gesetz in Berlin droht das Aus

Das Berliner Tariftreuegesetz, eines der besten in Deutschland, muss wegen der jüngsten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gestutzt werden. Erst im März hatte der Berliner Senat das Gesetz verbessert. Es ist weitreichender als die Gesetze anderer Bundesländer. Denn es gilt nicht nur für bestimmte Branchen, sondern für alle. Danach müssen Firmen, die einen Auftrag der Stadt Berlin erhalten wollen, die Tarifverträge einhalten, mindestens aber 7,50 Euro Lohn zahlen.

Jetzt teilte der Senat mit, dass das Gesetz nicht mehr angewendet werden darf. Hintergrund: Der EuGH sagt, öffentliche Aufträge dürften nicht in jedem Fall daran gekoppelt werden, dass die Tarifverträge eingehalten werden. Und an Mindestlöhne nur, wenn diese bundesweit gelten. Der Senat will das Gesetz jetzt noch mal ändern. Die Firmen sollen künftig aber wenigstens die Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz zahlen müssen. **syk**

► www.igmetall.de/metallzeitung

PFLAUME DES MONATS

Hebt der Ex-Präsident ab?

»Bild« ist sein Medium. Immer wenn Alt-Bundespräsident Roman Herzog (74), seit 1999 in Rente, etwas los werden will, ruft er seinen Freund Kai Diekmann an, »Bild«-Chefredakteur. Der räumt dann mal eine halbe oder eine ganze Seite frei, damit Herzog das Volk mit seinen Gedanken beglücken kann. Im April bekam er gleich zwei Mal die Gelegenheit. Zunächst sah er die

Republik auf dem »Weg in den Rentnerstaat, in dem die Älteren die Jüngeren ausplündern«. Dann beschimpfte er »sein« Volk, weil die Deutschen nicht den Verheißungen der neoliberalen Heilsbringer folgen und mehrheitlich einen Mindestlohn wollen: »Es gibt auch ein Grundrecht auf Dummheit.« Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Leute sind manchmal schlauer als Alt-Politiker denken. **who**



Foto: Karlheinz Schindler / dpa / pa

INTERVIEW



Foto: Jens Braune del Angel

Journalist Günter Wallraff berichtet seit 40 Jahren von »ganz unten«.

»Es herrscht mehr Willkür«

metallzeitung: Seit nunmehr 40 Jahren berichtest du über ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Jetzt hast du wieder unerkannt in Fabriken gearbeitet. Was hat sich verändert?

Günter Wallraff: Die Solidarität hat ab- und die Willkür zugenommen. Als ich in den 60er Jahren bei Ford am Fließband, auf der Werft und bei Thyssen gearbeitet habe, waren die Arbeitsbedingungen schlimm. Aber es gab ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Das ist heute anders. Ich habe Betriebe erlebt, da saßen sich die Kollegen.

metallzeitung: Wo siehst du heute mehr Willkür als damals?

Wallraff: Viele Dinge, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat, werden heute wieder infrage gestellt. Arbeitszeitregelungen werden ausgehebelt. Ich habe erlebt, wie Kollegen nur sechs Stunden nach der Nachtschicht zur nächsten Schicht in den Betrieb bestellt wurden. Sie haben keine Rechte, müssen ständig verfügbar sein und bekommen nur Hungerlöhne. Einige Leiharbeitsfirmen sind für mich moderne Sklavenhalter. Menschen sind für sie eine verfügbare Ware, die man jederzeit durch neue Ware ersetzen kann.

metallzeitung: Ging es in den letzten Jahrzehnten nur bergab?

Wallraff: Es ist noch schlimmer. Damals hatten wir das Gefühl, dass sich die Dinge zum Besseren entwickeln. Und es hat sich auch vieles verbessert. Dann kam mit der Globalisierung der Rückschlag, und seither ist vieles im freien Fall.

metallzeitung: Was hältst du von der Kampagne der IG Metall zur Leiharbeit?

Wallraff: Sie ist vorbildlich. Andere Gewerkschaften sollten das übernehmen. Es ist wichtig, dass sich Gewerkschaften für jene einsetzen, die am meisten auf Unterstützung angewiesen sind. So hat die Gewerkschaftsbewegung schließlich mal begonnen. Zu meiner Zeit als Arbeiter in den Fabriken hatten wir ein ähnliches Problem wie die Leiharbeiter. Für uns fühlte sich niemand zuständig. Mit der Kampagne erklärt sich die IG Metall für zuständig. Ich halte das für klug. ■

Fabienne.
Melzer@
igmetall.de

Bessere Wirklichkeiten in den Betrieben schaffen

Mit Kritik an den Arbeitsbedingungen in der Leiharbeit startete die IG Metall ihre Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«.

In Europa sei Deutschland beim Thema Leiharbeit als Geisterfahrer unterwegs, sagte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall bei der Auftaktveranstaltung zur Kampagne »Gleiche Arbeit – Gleiches Geld«. In kaum einem anderen Land seien die Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter so schlecht. »Wir sind wieder dabei, Menschen zu Tagelöhnern zu machen.« Die IG Metall will Leiharbeit in Deutschland nun auf die richtige Spur bringen.

Ein zentraler Ort der Kampagne werden dabei die Betriebe sein. Hier geht es darum, für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlungen zu kämpfen. »Wenn

wir in den Betrieben die Wirklichkeit gestalten, können wir auch Forderungen an die Politik stellen«, sagte Wetzel.

In den nächsten Wochen und Monaten rollt auch der Aktionstruck durchs Land. Hier können sich Leiharbeiter beraten lassen, oder interessierte Bürger über Leiharbeit informieren. Er bietet aber auch Platz für Podiumsdiskussionen oder kulturelle Veranstaltungen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Informationen zur Kampagne und zur Truck-Tour gibt es unter:

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

DIE NÄCHSTEN STATIONEN

Start am 1. Mai in Düsseldorf

→ 1. Mai: Düsseldorf

→ 5. bis 6. Mai: Siegen

→ 8. bis 9. Mai: München

→ 13. Mai: Velbert

→ 14. Mai: Darmstadt

→ 15. Mai: Mainz

→ 19. bis 20. Mai: Chemnitz

→ 21. Mai: Dresden

→ 22. Mai: Riesa

→ 24. Mai: Berlin

→ 26. Mai: Flensburg

→ 27. Mai: Kiel

→ 28. Mai: Neumünster

→ 29. Mai: Unterelbe



Mit dem Aktionstruck kommt die IG Metall zu den Leiharbeitern. In den nächsten Wochen rollt er durch etwa 50 Städte.

Foto: Jens Braune del Angel

MITGLIEDER WERBEN LEIHARBEITER

GLEICHE
ARBEIT?GLEICHES
GELD!

Auch du bist jetzt gefragt

Wer einen Leiharbeiter als Mitglied für die IG Metall gewinnt, bekommt als Dankeschön eine Kampagnen-Tasse.

Auch du bist gefragt. Auch du kannst einen Leiharbeiter als Mitglied werben. Wenn du im Betrieb eine Leiharbeiterin oder einen Leiharbeiter kennst, sprich sie an. Erkläre ihnen, welche Vorteile sie durch die Unterstützung der IG Metall-Betriebsräte haben. Und kompetente Hilfe vor Ort dank der IG Metall-Verwaltungsstellen.

Alle Metaller, die **bis 31. Mai** Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter als Mitglieder werben, erhalten von der Redaktion der **metallzeitung** als Dankeschön eine Kampagnen-Tasse für sich und

eine Tasse für das neue Mitglied. Außerdem nehmen alle Werber bis Ende September an einer Verlosung teil: Der Gewinn: ein Besuch bei der IG Metall in Frankfurt und ein Treffen mit dem Vorsitzenden. Schickt einfach das ausgefüllte Beitrittsformular der Kollegin oder des Kollegen und Eure Adresse an:

Redaktion **metallzeitung**,
Stichwort »Mitglieder werben
Leiharbeiter«,
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt

WERBER DES MONATS



Foto: Jens Braune del Angel

Jürgen Rolf gewinnt Leiharbeiter für die IG Metall und für sich eine Tasse.

»Das spornt mich nur an«

Bei Stabilus in Koblenz hat Metaller Jürgen Rolf zehn Leiharbeiter in die IG Metall geholt. Die Geschäftsleitung tobt.

»Die Leiharbeiter bei Stabilus haben den Status von Sklaven«, kritisiert Betriebsratsmitglied Jürgen Rolf. »Sie sitzen meist auf Akkordarbeitsplätzen, erhalten aber keine Akkordzulage. Und ihr Stundenlohn liegt zwischen sieben und acht Euro.«

Ihr Anteil liegt bei zehn Prozent – bei 1700 Beschäftigten. Metaller Rolf hat längst erkannt, dass diese Spaltung auch Druck auf die »Festen« bewirkt: »Für gleiche Arbeit muss gleiches Geld bezahlt werden«. Klar ist aber auch: Je mehr Leiharbeiter

Gewerkschaftsmitglied sind, um so leichter wird es mit Equal Pay. Rolf hat daher im Betrieb immer die Aufnahmeanträge dabei.

Inzwischen sind zehn in die IG Metall eingetreten. »Die sind es gar nicht gewohnt, dass sich jemand für sie interessiert«, sagt Rolf, »es gibt viel zu besprechen.« Nur die Stabilus-Geschäftsleitung tobt. Sie wollte die Gespräche während der Arbeitszeit untersagen. Betriebsrat Rolf lacht da nur und sagt: »Das spornt mich nur an.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

☐ FRAU ☐ HERR

VORNAME / NAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

TELEFON

E-MAIL

GEBURTSDATUM

NATIONALITÄT

☐ ARBEITER/IN ☐ ANGESTELLTE/R

VERLEIHBETRIEB

EINSATZBETRIEB

MONATLICHES BRUTTOEINKOMMEN

ANGESPROCHEN DURCH

Beitrittserklärung

BANK

KONTONUMMER

BLZ

ABBUCHUNGSTERMIN: JEWEILS ZUM _____ DES MONATS

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach Paragraph 5 der Satzung den zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

DATUM, UNTERSCHRIFT

TITEL



Noch funktioniert die Stabübergabe zwischen Alt und Jung. Dank der Altersteilzeit rücken in vielen Betrieben ausgereifte Nachwuchskräfte oder jüngere Arbeitslose nach. Doch die Förderung der Altersteilzeit läuft aus. Die IG Metall kämpft nun für eine Anschlussregelung.

ALTERSTEILZEIT

Ohne wird's für alle eng

Allein im letzten Jahr bekamen fast 105 000 Menschen einen Arbeitsplatz, der durch Altersteilzeit frei geworden war. Diese Brücke zwischen Jung und Alt wird von der Bundesagentur für Arbeit aber nur noch bis Ende 2009 bezuschusst. Da die Tarifverträge der IG Metall zur Altersteilzeit an diese Förderung geknüpft sind, hat sie sie gekündigt. Sie kämpft nun für eine neue Regelung – für jung, für alt, für alle.

Generationenkonflikt? Udo Lutz schüttelt den Kopf. Nein, davon spürt der Betriebsrat bei Bosch in Feuerbach nichts. Hier klagt niemand, dass die Alten die Jungen ausbeuten. Im Gegenteil: Wenn es um Altersteilzeit geht, zeigen alle Verständnis, unabhängig vom Alter. »Ich habe noch von niemandem gehört, dass er gegen die Altersteilzeit ist.«

Natürlich drängt es besonders die Älteren. Der Arbeitsdruck ist hoch – in der Produktion, aber auch bei den Angestellten. »Wenn die 60 nicht mehr weit ist, sehnen sich viele nach dem Ende des Arbeitslebens«, sagt Lutz. Beim Nachwuchs ist Altersteilzeit gefragt, wenn es um die eigene Übernahme geht. »Wir haben hier 218 Auszubildende. Durch die Altersteilzeit scheiden pro Jahr rund 100 Kollegen aus. Wenn das wegfällt, wird die Übernahme noch schwieriger.« Aber auch die Generation dazwischen, die 30- bis 40-Jährigen, ist für Altersteilzeit. Sie sehen oft beide Seiten: Sie sehen die Seite der Jüngeren, denn viele haben selbst Kinder, aber sie sehen auch ihre eigene Zukunft. Wer weiß heute schon, ob er bis Mitte 60 durchhält? Die Möglichkeit, früher auszusteiden, wollen sich auch die mittleren Jahrgänge nicht nehmen lassen.

Die IG Metall hat die Tarifverträge zur Altersteilzeit gekündigt und verhandelt über neue Regelungen. Für Jörg Hofmann, IG Metall-Bezirksleiter in Baden-Württemberg, heißt das Ziel: eine gute Lösung für alle Betriebe. Denn wenn es keine vernünftige Anschlussregelung gibt, haben viele Metaller kaum noch die Chance auf einen vorzeitigen Ausstieg. Ein Durchschnittsmetaller bekommt in Baden-Württemberg nach 40 Berufsjahren Netto etwa 1100 Euro Rente. Ohne Altersteilzeit und die Rente mit 67 im Nacken müsste er für den vorzeitigen Ausstieg einen hohen Preis zahlen: Abschläge bis zu 14 Prozent. Vielen bliebe da nicht mehr als das Existenzminimum.

Natürlich kostet Altersteilzeit Geld. Aber Hofmann glaubt nicht, dass es billiger wird, wenn man die Dinge einfach laufen lässt. Denn viele Menschen werden weiter auf einen frühen Ausstieg angewiesen sein.

Carsten Lammert (37): »Wer kann mit 60 schon noch in den Maschinen herumkriechen?«

Keine Frage, mit seiner Arbeit ist Carsten Lammert zufrieden. Als Einrichter an der Schweißstraße ist der 37-Jährige ständig unterwegs. Er sorgt dafür, dass alles läuft, und er kümmert sich auch um Nachschub beim Material. »Es ist abwechslungsreich«, sagt Carsten, »man steht nicht kontinuierlich am Band. Aber die Arbeit ist auch anstrengend.« Die Schweißdämpfe, der Lärm – gerade bei seinen älteren Kollegen sieht Carsten, wie sehr die Arbeit schlaucht. »Viele quälen sich schon. Wir haben zwei Kollegen, die jetzt in Altersteilzeit gehen. Die sind froh darüber.«

Als Carsten Lammert Mitte der 90er Jahre beim Automobilzulieferer Benteler in Paderborn anfang, dachte er zunächst, dass das nur vorübergehend sei. Er hatte einen befristeten Vertrag. Doch nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit war der gelernte Kfz-Mechaniker froh, überhaupt Arbeit gefunden zu haben. Auch wenn es nur für kurze Zeit war. Doch er hatte Glück. Ein älterer Kollege ging in Rente, und Carsten rutschte fest bei Benteler rein.

Von außen kommen heute nur noch selten Kollegen rein. Altersteilzeit ist für Auszubildende oft die einzige Chance auf eine feste Stelle. Und für Carstens Team die einzige Möglichkeit, sich hin und wieder etwas zu verjüngen.

Doch nicht nur deshalb ist Altersteilzeit für den Vater von vier Kindern ein Thema. Auch er selbst kann sich nicht vorstellen, mit Mitte 60 noch in den Maschinen herumzukriechen. »Man wird ja nicht jünger oder gelenkiger.« Außerdem hat er schon zu oft erlebt, wie es Kollegen erging, die bis Mitte 60 durchmalocht haben. »Manche haben noch nicht einmal das erste Jahr ihrer Rente überlebt«, warnt Metaller Carsten Lammert.



Ohne eine neue Altersteilzeit, wird es nicht nur bei den zukünftigen Rentnern Verlierer geben, fürchtet Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall: »Die Personalabteilungen werden sowohl bei den Ausbildungsplätzen als auch bei der Übernahme von Auszubildenden bremsen.« Die Folge: Junge kommen erst gar nicht ins Arbeitsleben hinein. Und wer mitten im Beruf steht, kommt schlechter voran. Denn die

Älteren werden gezwungen sein, länger auf ihren Posten zu bleiben.

Deshalb setzen sich die Metaller für einen neuen Tarifvertrag ein, der den Anspruch auf Altersteilzeit zum Beispiel in Form von erzwingbaren Betriebsvereinbarungen regelt. Bezirksleiter Hofmann kommt es dabei auch darauf an, die Bedingungen für Menschen mit geringem Einkommen zu verbessern. Für sie soll die Altersteilzeit finanziell besser gestaltet

werden. Allerdings dürfe das nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. »Eine ausgeglichene Beschäftigungsstruktur und Chancen für Jüngere sind schließlich auch im Interesse der Arbeitgeber.«

In manchen Betrieben ist Altersteilzeit die einzige Möglichkeit, die Belegschaft zu verjüngen. Das kennt auch Christian Schachten, Betriebsratsvorsitzender bei Benteler Automobiltechnik in Paderborn. Das Unterneh-



Margarete Nachtigall (25) : »Ohne Altersteilzeit wird es für den Nachwuchs in Zukunft eng.«

Generationensolidarität hat ein Gesicht – zum Beispiel das von Margarethe Nachtigall. Wenn ein Kollege aus dem KVP-Team vor vier Jahren nicht Altersteilzeit genommen hätte, wäre Margarethe nach der Ausbildung wahrscheinlich nicht so ohne Weiteres in ihren Wunschberuf hineingerutscht. Doch der Kollege ging, und die Werkzeugmechanikerin rückte nach. Seit vier Jahren ist die 25-Jährige nun im KVP-Team beim Automobilzulieferer Benteler in Paderborn. Und sie ist froh, dass es geklappt hat.

KVP steht für »kontinuierlicher Verbesserungsprozess«. Margarethe und ihre Kollegen setzen Verbesserungsvorschläge um. Aber sie warten und reparieren auch die Maschinen. Die Arbeit macht ihr Spaß. Aber sie ist auch anstrengend. »An manchen Tagen gehe ich schon mit Rückenschmerzen nach Hause.«

Wie sie auf die Idee kam, Werkzeugmechanikerin zu werden? Margarethe verdreht die Augen: »Die Frage habe ich ja noch nie gehört.« Sie wird es ständig gefragt. Ein Praktikum, sagt die 25-Jährige, habe sie auf den Geschmack gebracht. »Aber eigentlich hatte ich keine Ahnung, was mich hier erwartet.« Es war ein Sprung ins kalte Wasser und dennoch die richtige Entscheidung.

Die Altersteilzeit hat ihr den Weg in den Job geebnet. Auch wenn es für sie selbst noch ganz schön weit weg ist, sagt Margarethe: »Es wäre schön, wenn die Altersteilzeit bleibt.« Denn auch in ihrem Bereich rutschen nur noch auf diesem Weg jüngere Kollegen nach. In ihrem Team ist Margarethe seit vier Jahren die Jüngste. »Und das wird wahrscheinlich auch noch eine Weile so bleiben.« Wenn die älteren Kollegen nicht mehr über Altersteilzeit ausscheiden können, wird es für den Nachwuchs eng.

Wie funktioniert die Altersteilzeit?

Mit dem Altersteilzeitgesetz (AtG) will der Gesetzgeber älteren Beschäftigten einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen und jüngeren den Einstieg erleichtern.

■ Wer ist berechtigt?

Altersteilzeit können nach dem Gesetz Beschäftigte in Anspruch nehmen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben und in den fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit mindestens 1080 Tage versicherungspflichtig beschäftigt waren. Es werden auch Zeiten berücksichtigt, in denen der Arbeitnehmer Entgeltsersatzleistungen wie Arbeitslosengeld bezogen hat.

Die Altersteilzeit muss so vereinbart werden, dass Beschäftigte im Anschluss Altersrente beantragen können. Beschäftigte sollten auf jeden Fall bei ihrem Versicherungsträger nachfragen, bevor sie Altersteilzeit beantragen. Sie sollten klären, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen finanziellen Bedingungen sie in Altersrente gehen können.

■ Wie wird Altersteilzeit genommen?

Während der Altersteilzeit muss die Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen wöchentlichen Arbeitszeit vermindert werden. Wie die Arbeitszeit verteilt wird, bleibt den Vertragsparteien überlassen.

Neben einer klassischen Halbtagsbeschäftigung sind auch Modelle mit wöchentlichem oder saisonalem Wechsel möglich. Außerdem gibt es auch das Blockmodell. Hier teilt sich die Altersteilzeit in eine Arbeitsphase und eine Freistellungsphase. Ohne tarifvertragliche Vereinbarungen kann die Altersteil-

Tarifvertrag Altersteilzeit

Die Tarifverträge zur Altersteilzeit in der Metall- und Elektroindustrie sind mit der Förderung durch das Altersteilzeitgesetz verknüpft. Sie gehen aber in einigen Punkten über die Bestimmungen hinaus. Während das Gesetz eine niedrigere Aufstockung des Entgelts während der Altersteilzeit vorsieht, regelt der Tarifvertrag eine Aufstockung auf etwa 82 Prozent des bisherigen Vollzeitznettos. Auch die Beiträge zur Rentenversicherung erhöhen sich mit Tarifvertrag. Ohne tarifvertragliche Regelungen kann die Altersteilzeit im Blockmodell über drei Jahre verteilt werden. Nach dem Tarifvertrag sind es in der Regel bis zu sechs Jahre. Es gibt aber auch die Möglichkeit, Altersteilzeit

men wächst beim Umsatz, aber nicht bei den Mitarbeitern, sagt Schachten. »In vielen Bereichen kriegen wir nur durch die Altersteilzeit neue Leute rein. Zwischen 100 und 150 Kollegen nutzen derzeit den vorzeitigen Ausstieg, dafür rücken ständig Leute nach.«

Für Schachten geht es nicht darum, ältere Kollegen einfach loszuwerden. Aber viele können nicht so lange durchhalten. Zu oft hat er erlebt, wie es denen erging, die bis Mitte 60

durchgezogen haben. »Einer starb nur drei Wochen, nachdem er in Rente gegangen war.« Doch der 37-Jährige denkt auch an seine Generation. »Wenn wir jetzt für unsere älteren Kollegen die Altersteilzeit nicht regeln, wird es für uns später bestimmt keiner tun.«

Für IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer sind auch die Arbeitgeber gefragt. Sie müssten endlich offen und nicht nur hinter vorgehaltener Hand eine weitere Förde-

rung der Altersteilzeit fordern. Aber auch ohne Förderung müssen sie Arbeitnehmern einen vorzeitigen Ausstieg ermöglichen, sagt Schwitzer: »Das sind sie ihren Beschäftigten schuldig.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Die Bundesagentur für Arbeit informiert über Altersteilzeit. Die Broschüre steht im Internet: ► www.igmetall.de/metallzeitung

zeit im Blockmodell auf höchstens drei Jahre verteilt werden. Grundsätzlich können auch Zeitguthaben und Mehrarbeit mit der Altersteilzeit verbunden werden.

■ Wie hoch ist das Entgelt?

Der Arbeitgeber hat das Regelentgelt während der Altersteilzeit um mindestens 20 Prozent aufzustocken. Dabei können zum Regelentgelt auch Zuschläge für Sonn- und Nachtarbeit oder Prämien und Zulagen gehören. Außerdem muss der Arbeitgeber zusätzliche Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen.

Die Aufstockungsbeträge sowie die zusätzlichen Beiträge zur Rentenversicherung sind grundsätzlich steuerfrei. Sie unterliegen allerdings dem Progressionsvorbehalt. Das bedeutet, dass die Beträge zwar steuerfrei bleiben, bei der Berechnung des Steuersatzes aber mitberücksichtigt werden. Somit kann sich für das übrige Einkommen ein höherer Steuersatz ergeben.

■ Wann zahlt die Bundesagentur für Arbeit?

Die Aufstockungsbeiträge und die zusätzlichen Beiträge zur Rentenversicherung werden von der Bundesagentur für Arbeit übernommen, wenn der Arbeitgeber den frei werdenden Arbeitsplatz mit einem Arbeitslosen wiederbesetzt oder einen Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung übernimmt. Die Förderung endet am 31. Dezember 2009. Für die Zeit danach werden nur noch Leistungen von der BA übernommen, wenn die Altersteilzeit bereits vor dem 1. Januar 2010 begann.

über einen noch längeren Zeitraum zu verteilen. Die IG Metall hat die Tarifverträge zur Altersteilzeit in fast allen Bezirken gekündigt. Sie wirken allerdings bis Ende 2009 nach. Wer noch nach der Vertrauensschutzregelung bis Ende 2006 einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen hat, kann als langjähriger Versicherter mit 62 in Altersrente gehen. Abschläge werden dann auf der Basis »Rente mit 65« berechnet. Die Jahrgänge 1953 und 1954 können bis 2009 einen Antrag stellen. Sie brauchen eine längere Laufzeit als die vorgesehene sechs Jahre, da sie erst mit 63 in Altersrente gehen können. In den Tarifverträgen gibt es entsprechende Öffnungsklauseln.



Josef Sobotta (58): »In meinem Alter zählt jedes Jahr, dass man früher rauskommt.«

Das Ende rückt immer näher, und darüber ist Josef Sobotta froh. Nur noch zwei Jahre, dann verabschiedet sich der 58-Jährige aus dem Arbeitsleben. Für Josef Sobotta hat die Altersteilzeit im vergangenen Jahr begonnen. Drei Jahre Arbeitsphase, drei Jahre Freistellungsphase. Mit 63 wird er in Rente gehen. Allerhöchste Zeit, findet Josef.

Seit 25 Jahren arbeitet er beim Automobilzulieferer Benteler in Paderborn. Er ist Einrichter im Presswerk. Als er hier anfang, mussten er und seine Kollegen die Bleche noch mit der Hand unter die Presse heben. Mehrere Tonnen bewegte er da jeden Tag. Das machen heute Roboter. Dennoch keine leichte Arbeit. Der ohrenbetäubende Lärm, die Arbeit an der Maschine – Josef Sobotta spürt, dass die Kraft besonders in den vergangenen Jahren nachgelassen hat. »Ich hatte bis vor einem Jahr nie etwas am Knie«, erzählt der 58-Jährige. Nun bereitet es ihm immer wieder Ärger. Im vergangenen Jahr wurde er am Knie operiert. Seither fällt ihm das Treppensteigen schwer. »Noch vor kurzem bin ich einfach so die Treppe hinauf«, erzählt Sobotta. »Heute muss ich mich an manchen Tagen am Geländer hochziehen.«

Für den Metaller war schon lange klar, dass er Altersteilzeit nehmen würde. »In meinem Alter zählt jedes Jahr, dass man früher rauskommt.« Denn jedes Jahr länger im Betrieb geht jetzt mehr auf die Knochen als in jüngeren Jahren. Was passiert, wenn es keine Altersteilzeit mehr gibt, kann sich Josef Sobotta zumindest für seinen Arbeitsplatz lebhaft vorstellen. Die Hälfte seiner Kollegen ist schon über 50 Jahre. Wenn sie nicht früher ausscheiden können, werden auch keine Jüngeren nachrücken. Die Mannschaft würde gemeinsam an ihrem Arbeitsplatz alt werden. Nur ob sie dann die Leistungen noch schaffen, die das Unternehmen erwartet, das bezweifelt Sobotta.

ÜBERWACHUNG AM ARBEITSPLATZ

Das dichte Netz der unsichtbaren Spione

Videoüberwachung wie bei Lidl ist nur die Spitze des Eisbergs. In den Betrieben werden immer mehr Daten gespeichert und verknüpft. Fast jeder Schritt und Handgriff ist erfassbar. Damit wächst die Gefahr der totalen Leistungskontrolle.

Sie klauen, betrinken sich heimlich, bummeln herum. Und wenn sie mal arbeiten, leisten sie zu wenig und machen Fehler. Ist ihr Arbeitsplatz ein Büro, surfen sie stundenlang im Internet, um zu sehen, was es bei Ebay zu kaufen gibt, schreiben E-Mails an Freunde und telefonieren ausgiebig mit der Familie. So müssten sie sein, Arbeitnehmer in Deutschland. Zumindest wenn das stimmen würde, was Firmenchefs als Begründung einfällt, um Beschäftigte zu überwachen.

»Um Diebstahl zu verhindern und Lohngerechtigkeit zu garantieren«, stellte der Geschäftsführer der Metallwarenfabrik Rübsam im hessischen Hünfeld im August vergangenen Jahres im Werk Kameras auf. »Lohngerechtigkeit« – das Argument musste auf die 120 Beschäftigten wie ein schlechter Scherz wirken. Ein Metallfacharbeiter verdient bei Rübsam an die 1560 Euro im Monat. Vergleichbare Kollegen in Metallbetrieben, die nach Tarif bezahlen, erhalten rund 2600 Euro. Im April rollten Metaller vor dem Rübsam-Gebäude ein Transparent aus: »Dieser Betrieb bespitzelt seine Mitarbeiter«. Sie forderten die Geschäftsleitung auf, die Kameras sofort abzumontieren und das gesammelte Material zu vernichten.

Nur durch Zufall entdeckte ein Betriebsrat einer Metallfirma in Bad Münstereifel die versteckten Kameras. Es waren 16 insgesamt, im ganzen Werk verteilt, auch im Umkleideraum. Der Firmenchef hatte sich selbst zu seinem »Datenschutzbeauftragten« ernannt. Dass das rechtlich nicht zulässig ist, schien ihn nicht weiter zu kümmern. Der Datenschützer in ihm

wies ihn auch nicht darauf hin, dass er die Kameras gar nicht installieren durfte. Denn das Bundesdatenschutzgesetz verbietet in Paragraph 6, Menschen am Arbeitsplatz heimlich zu überwachen. Auch nicht-heimliche Videoüberwachung wie bei Rübsam ist nur in Ausnahmefällen erlaubt. Für Diebstahl zum Beispiel muss es konkrete Anhaltspunkte geben. Die Kamera darf nur für den Zweck genutzt werden, für den sie aufgebaut wurde. Ihr Einsatz muss außerdem verhältnismäßig sein. Eine ganze Belegschaft dauernd zu überwachen, geht nicht. Und am Betriebsrat vorbei Kameras zu installieren, ist auch nicht erlaubt. Wo es keinen gibt – wie bei Rübsam, haben Arbeitnehmer einen schlechten Stand.

Videoüberwachung ist nur eine von vielen technischen Möglichkeiten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu überwachen. In der Industrie und im Handwerk spielen andere Mittel eine viel größere Rolle. Zum Beispiel das heimliche Mitlesen von E-Mails und Ausforschen von Internetkontakten. Vor allem Betriebsräte werden oft Opfer der Schnüffeleien.

Bei Autoteile Unger (ATU) sollte vor kurzem »das Anrufverhalten der Kunden« getestet werden. Heraus kam dabei (auch) das: 25 Prozent der Telefonate der Beschäftigten sollen privat gewesen sein. »Woher wissen sie das, wenn sie nicht in die Telefonate reingehört haben«, fragt sich Frank Diederichs, Betriebsrat bei ATU.

An allen Ecken und Enden werden Informationen und Daten erfasst. Zum Beispiel an CNC-Steuerungsmaschinen: Zwar werden die



Programme installiert, um Störungen schnell beheben zu können. Aber nebenbei lässt sich auch kontrollieren, wie lange jemand braucht, wie viele Fehler er macht. Sei es mit Hilfe des Zulassungs-codes, mit der sich der Arbeitnehmer an der Maschine anmeldet, oder der Uhrzeiten, die mitprotokolliert werden.

In der Testphase ist ein Forschungsprojekt »Fernwartung«: In Werkzeugmaschinen sollen Webcams (kleine Kameras) eingebaut werden, die auf einem Bildschirm irgendwo in der Ferne zeigen, wo Mängel sind – an der Maschine. Aber der Arbeitnehmer, der an ihr arbeitet, ist unweigerlich mit im Blick.

Dealer Management System, kurz DMS, heißt ein System, mit dem Autohändler Daten über Kunden, Aufträge, Beanstandungen und die gesamten Arbeitsabläufe in ihren Betrieben erfassen und den Herstellern zusenden können. Damit sind auch die Leistungen der einzelnen Monteure messbar. Seit ein paar Monaten stellen Autokonzerne wie VW den Autohäusern ein weiteres System kostenlos zur Verfügung:

WAS DER CHEF DARF – UND WAS NICHT

Die Arbeitgeber dürfen nicht alles wissen

■ **Erlaubt ist Überwachung**, auch elektronische, wenn ein objektiver Grund dafür besteht, wie Sicherheit oder Schutz von Betriebsgeheimnissen. Bei Diebstählen muss ein konkreter Verdacht bestehen. Die Überwachung muss generell verhältnismäßig sein, das heißt: räumlich und

zeitlich begrenzt, und darf nur dem festgelegten Zweck dienen.

■ **Nicht erlaubt ist**, Arbeitnehmer heimlich und ohne Zustimmung des Betriebsrats zu überwachen. Informationen, die unerlaubt erworben worden, dürfen nicht verwertet werden, zum Beispiel für Kündigungen.



Foto: Matthias Krüttgen / bildmaschine.de

CSS (Customer Satisfaction Survey) heißt es. Damit wird erfasst und ausgewertet, wie sich die Serviceberater gegenüber den Kunden verhalten. Der Hersteller kann die Informationen mit denen aus den regelmäßigen Werkstatt-Tests verknüpfen. Dazu kommen noch die Angaben aus dem »Mystery-Shopping«, bei dem ein Testkunde zum Schein ein Auto kauft, um die Beratungsqualität des Autohauses zu testen. »Hier droht die totale Leistungskontrolle«, sagt Helmut Hennecke, der beim IG Metall-Vorstand für das Kfz-Handwerk zuständig ist.

Durch Handys mit Funkchip und mit Sensoren ausgestattete Zutrittskontrollsysteme mit Zeiterfassung lässt sich feststellen, welcher Arbeitnehmer sich wann wo wie lange aufgehalten hat, zum Beispiel wie lange er in der Raucherpause war. Neue Telefonanlagen mit »IP-Technik« können im gleichen Netz laufen wie Computer und Zeiterfassungssysteme. Je mehr Daten verknüpfbar sind, desto lückenloser sind die Kontrollmöglichkeiten. Betriebsräte bestimmen bei der Datenerfassung

mit. Aber »die Software-Techniken ändern sich so schnell und vielfältig, dass sie oft überfordert sind zu erkennen, was alles damit gemacht werden kann«, sagt der Datenschutzexperte der IG Metall, Horst Mernberger. Vor allem dann, wenn der Rechner, in dem alles zusammenläuft, im Ausland steht.

Die Sammelwut hat Folgen. Albert Demel, Betriebsrat bei Siemens in Erlangen, arbeitet gerade an einer neuen Betriebsvereinbarung mit,

die Leistungskontrollen verhindern soll. »Seit ein paar Jahren häufen sich die Fälle, dass Beschäftigte unter Druck gesetzt werden, mehr Leistung zu bringen«, berichtet er. Es kann noch schlimmer kommen. Schlechten Leistungen folgt in manchem Betrieb schnell die Kündigung. Das beobachtet Manfred Burr, der Betriebsräte berät: »Überwacht wird verschärft von Firmen, die Leute los werden wollen.« ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

WELCHE RECHTE ARBEITNEHMER HABEN

Nur die Beschäftigten dürfen alles über sich wissen

■ **Jeder Beschäftigte** hat das Recht, schriftlich und kostenlos Auskunft über die Daten zu erhalten, die über ihn gespeichert sind. Auch darüber, woher sie stammen, wer sie erhält oder erhalten hat und warum sie gesammelt wurden (nach Paragraph 34, Bundesdatenschutzgesetz).

■ **Ist er nicht einverstanden**, kann er den Betriebsrat einschalten. Wo es keinen gibt, kann er sich an die Aufsichtsbehörde wenden (in den Bundesländern unterschiedliche Stellen). Ist er sicher, dass die Speicherung unzulässig ist, kann er verlangen, dass die Daten gelöscht werden.

LESERBRIEFE ZUR AUSGABE 4/2008, TITEL: »LEIHARBEIT FAIR GESTALTEN«

■ »Ich bin Ende 40 und seit zwei Jahren Leiharbeiter. Immer wieder muss ich erfahren, dass man als »Leihkeule« nicht sonderlich beliebt ist. Auch beim Bildungsstand werden wir als nicht unbedingt schlau angesehen. Hinzu kommt, dass die Leihfirmen so bezahlen, dass ein größtmöglicher Nutzen für sie selbst rausspringt. Arbeiter mit 30 Jahren Berufserfahrung werden nach der untersten Entgeltgruppe die möglich ist bezahlt. Viele sind echt schlimm dran und werden systematisch in den Abgrund getrieben. Darum ist es an der Zeit für eine Gleichberechtigung der Leiharbeiter zu kämpfen.«

Uwe Zernsdorf, per E-Mail

■ »Die Forderung nach gleichen Arbeitsverhältnissen ist richtig. Sie sollte aber nicht allein unter Gerechtigkeitsaspekten diskutiert werden, sondern auch von der Motivation. Denn nur Arbeitnehmer, die sich mit ihrem Arbeitgeber identifizieren können, rufen ihr gesamtes Leistungsspektrum ab und machen sich darüber Gedanken, wie Produkte und Dienstleistungen stetig verbessert werden können. Ein komparativer Vor-

teil, den keine Zeitarbeit einholen kann, ohne gleichwertigen Lohn.«

Rasmus Helt, Hamburg

■ »Ich bin seit Juli 2007 arbeitslos, 45 Jahre und habe auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr. In dem gesamten dreiviertel Jahr habe ich ohne Ende Bewerbungen geschrieben und bin bis heute noch immer ohne Arbeit. Das Einzige, was ich hätte sofort machen können, war Leiharbeit für 6,42 Euro die Stunde. Das ist doch ein Witz: ich soll voll arbeiten (Schichtdienst) und monatlich 250 Euro weniger bekommen, als ich jetzt Arbeitslosengeld erhalte.«

Claudia Gerke, Ruppendorf

■ »Sicher gibt es viele schwarze Schafe die wirklich nur auf Profit aus sind und ihre Mitarbeiter wie Leibeigene behandeln. Doch es gibt auch gute Dienstleistungsfirmen, die sich um ihre Mitarbeiter kümmern und sie wie Kollegen behandeln. Durch Dienstleister haben gerade Neuanfänger, Absolventen und Quereinsteiger die Möglichkeit, einen guten Job zu finden. Ich werde sehr fair bezahlt und behandelt. Durch die Leiharbeit

kann ich einen Job machen, für den mir in einer normalen Anstellung die richtigen Papiere fehlen. Ohne den Dienstleister würden Mechaniker solche Jobs nicht bekommen.«

Tomas Mendel-Rocholl, Hattingen

■ »Es stimmt, als Leiharbeiter wird man nur auftragsmäßig bei Firmen eingesetzt. Viele Firmen sagen zwar, dass sie nach IGZ-Tarif vergüten würden, aber im Endeffekt zahlen sie weniger. Beim Einstellungsgespräch wird gefragt wo man schon gearbeitet und was man dort gemacht hat. Ist man in einem Bereich nicht so fit, geht es schon ein paar Cent runter mit dem Lohn. Fragt man nach dem Grund, kommen faden-

scheinige Aussagen, dass die Leistungen und Voraussetzungen für mehr Geld fehlen.«

Günter Schöne, per E-Mail

■ »Ein Betriebsrat spürt und ein Soziologe belegt wissenschaftlich, dass Leiharbeiter die Stammebelegschaft unter Druck setzen. Dies dürfte allerdings nichts dagegen sein, wie die Arbeitgeber vor Leiharbeitern zittern müssten. Denn bekanntlich diktieren sie – zunehmend in rasanter Zahl – Lohn und Leistung ihres betrieblichen Einsatzes. Die profit-kalkulatorische Praxis der Arbeitgeber wird mit solch' wissenschaftlichem Spürsinn leider gänzlich verpasst.«

Harry Lutz, Frankfurt

MITMACHEN SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: Entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bei Zuschriften per E-Mail bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Auch unsere Hotline ist wieder besetzt. Montags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS



Metaller Peter Suckfüll aus Nürtingen hat diesmal das Leserfoto geschossen. Das Bild ist zusammengesetzt aus vier Einzelbildern, die während einer Betriebsversammlung seiner Firma, der WKP in Unterensingen, aufgenommen wurden. Für das schwarzweiß Foto verwendete er die Kamera Yashicamat 124. Wegen der schlechten Beleuchtung waren lange Belichtungszeiten nötig, deswegen sind einzelne Personen verwackelt.

MITMACHEN FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: »Mensch und Arbeit«. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis die Funkuhr »time control AB 314fsl« der Firma Braun. Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI MICHAEL JELL

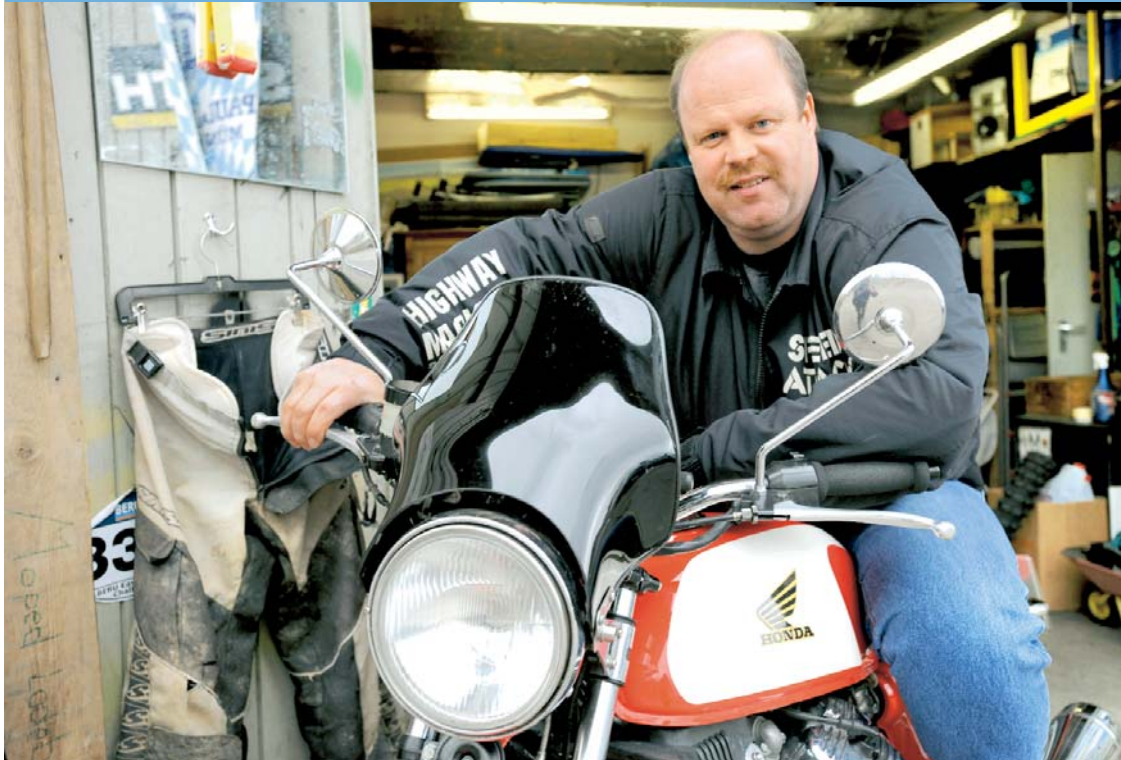


Foto: Werner Bachmeier

Biker-Idylle mit Familie

Metaller fahren gerne Motorrad. Das ist bekannt. Metallerinnen und Metaller fahren mit dem Motorrad zur Maikundgebung. Das ist neu. In München machen sich rund 100 Biker auf zu einem 1. Mai-Korso. Mitorganisiert hat das Michael Jell.

Am Samstag wird der Grill angefacht. Der Platz ist sonnig, aber nicht eben lauschig. Das Tor zu einem ehemaligen Flugzeughangar steht weit offen. Drinnen stehen etliche Motorräder, Werkzeug jeder Art hängt an den Wänden, Ölkannister stehen am Boden. Werkstattatmosphäre eben.

Michael Jell teilt sich die Hangar-Werkstatt beim Flugplatz Schleißheim (nördlich von München) mit drei weiteren Motorradschraubern. »Wenn wir am Wochenende grillen, dann sind auch die Familien mit dabei«, sagt er. So lässt sich das Männer-Hobby mit den Ansprüchen der Familie in Einklang bringen. Michael Jell, 45, arbeitet unter der Woche als Versuchstechniker bei der Knorr-Bremse in München. Der Betrieb ist Weltmarktführer bei Bremssystemen für Schienen- und Nutz-

fahrzeuge, weltweit arbeiten 14 000 Menschen für die Firma. Am Standort München sind es 1500 Beschäftigte. Hier ist Michael Jell Vorsitzender des Vertrauenskörpers der IG Metall. Außerdem ist er Mitglied des Betriebsrats und stellvertretender Schwerbehindertenvertreter.

»Heute merke ich«, sagt Michael Jell, »dass Motorradfahren ideal ist für den Stressabbau. Sobald du auf der Maschine sitzt, musst du dich voll konzentrieren. Alle anderen Gedanken verschwinden.« Stress hat der Versuchstechniker genug: Die Arbeit in der Entwicklungsabteilung, die Aktivität als VK-Leiter und Betriebsrat bringen jede Menge Belastung mit sich. Also steigt er oft nach Feierabend auf seine 30 Jahre alte Honda CX 500 (Biker-Jargon: »Güllepumpe«) und machte sich über oberbayerische

Landstraßen fahrend, den Kopf wieder frei.

Vor etlichen Jahren noch bevorzugte Michael Jell »schweres Gerät«, die 1200 Bandit von Suzuki oder eine ZRX 1100 von Kawasaki – aber: »Ich bin jetzt etwas älter geworden und mag es gemütlicher.« Die Oldtimer-Honda hat Michael Jell selbst restauriert. »Der Vorteil unserer Werkstatt ist«, sagt er, »dass ein Kfz-Meister mitmacht, außerdem ein gelernter Feinmechaniker.«

Für Michael Jell war es selbstverständlich mitzumachen, als im IG Metall-Motorradclub »Worker Wheels« die Idee aufkam, am 1. Mai in München einen Corso zu veranstalten. »Als VK-Leiter bin ich es gewohnt, etwas auf die Beine zu stellen.« Die Motorradfreunde bei der Knorr Bremse kennt Michael Jell sowieso. Zudem gibt es kleine, lokale Netzwerke unter den

Bikern – E-Mail genügt. »Mit DGB-Fahnen an der Maschine eine Runde auf dem Münchner Altstadttring zu drehen und dann zum Kundgebungsplatz zu fahren, das kam gut an.«

Und nach Bikerart werden sich die meisten nach der Kundgebung zu einer Ausfahrt aufmachen. Michael Jell zum Beispiel fährt mit vier Kollegen zum Gardasee: »Da geht der Tag der Arbeit dann bruchlos in den Vatertag über.«

Als neugewählter VK-Leiter hat Michael Jell viel Arbeit vor sich. Die Vertrauensleutearbeit muss neu organisiert werden, unter anderem weil die Abteilungen innerhalb des Betriebs umstrukturiert wurden. »Gewachsene Zusammenhänge existieren plötzlich nicht mehr. Wir müssen uns anders aufstellen.«

Zudem ändert sich die Zusammensetzung der Belegschaft. Im Münchner Werk, in dem die Entwicklungsabteilung des Gesamtkonzerns sitzt, beträgt der Anteil der Angestellten jetzt 40 Prozent. Michael Jell: »Darauf müssen wir als Vertrauensleute reagieren.«

Die Wochenenden aber gehören vorwiegend dem Motorrad. Die Mischung aus Arbeit in der Werkstatt, dem Fachsimpeln mit den anderen Schraubern, und vor allem das Zusammensein mit den Familien auf dem Platz vor dem Hangar ist für Michael Jell Erholung pur.

»Meine Tochter ist jetzt 19 und führt natürlich ein selbstständiges Leben. Aber wenn sie weiß, dass wir am Flugplatz grillen und feiern, dann kommt sie mit ihrem Freund vorbei. Meine Frau und mich freut das natürlich.« Biker-Idylle mit Familienanschluss. ■

Hans-Otto Wiebus

WORKER WHEELS

»Motorradfahrer und -fahrerinnen aller Länder vereinigt euch« ist das Motto von »Worker Wheels« dem Motorradclub der IG Metall und Kollegen aus anderen DGB-Gewerkschaften.

Der lockere Zusammenschluss von Bikern will »gemeinsam und solidarisch« das Freizeitvergnügen Motorradfahren fördern. Kontakt: ► www.worker-wheels.de

RECHT SO

Was sind Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse?

metallzeitung: Ein Plausch in der Mittagspause, ein Gespräch in der U-Bahn – schnell ist Internes aus dem eigenen Unternehmen erzählt, was den Gesprächspartner oder einen heimlichen Lauscher eigentlich nichts angeht. Welche Folgen drohen, wenn Beschäftigte Betriebsgeheimnisse ausplaudern?

Carsten Schuld: Das Ausplaudern von Betriebinterna kann für Arbeitnehmer ernste Folgen haben. Dies gilt bei Geheimnissen aus dem Unternehmen, aber auch bei gehässigen Bemerkungen über Kollegen und Vorgesetzte. Als Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis gilt, was nur einem bestimmten Kreis von Mitarbeitern bekannt ist und an dessen Geheimhaltung ein wirtschaftliches Interesse besteht. Zu Betriebsgeheimnissen zählen Informationen über Produktionsmethoden, neue Entwicklungen oder Erfindungen.

Unter Geschäftsgeheimnissen versteht man Umsätze, Kalkulationen, ausgehandelte Preise und Kundenlisten. Das Interesse an deren Geheimhaltung ist berechtigt, wenn der Arbeitgeber durch das Wissen anderer einen wirtschaftlichen Nachteil haben kann. Die Verbreitung von Geheimnissen kann arbeitsrechtliche Konsequenzen bis zur Kündigung haben und auch zu Schadensersatzforderungen führen. In besonders schweren Fällen ist ihr Verrat sogar strafbar. Die persönliche Meinung über Vorgesetzte und Kollegen kann natürlich niemandem

verboten werden. Wenn ihre Verbreitung aber dazu führt, dass der Ruf des Unternehmens Schaden nimmt, stellt dies einen Pflichtverstoß dar. Besonders Personal- oder Kundendaten muss der Arbeitgeber nach dem Gesetz schützen. Wer diese ausplaudert, zwingt den Chef praktisch zu Maßnahmen. Doch nicht alles, was der Chef als vertraulich einstuft, ist wirklich ein Geheimnis. Informationen aus dem Handelsregister, aus Bilanzen oder Ausschreibungen sind oft öffentlich zugänglich. Häufig versuchen Arbeitgeber zu Unrecht die Unternehmung der Belegschaft durch Betriebsräte zu unterbinden und verweisen auf eine angebliche Geheimhaltungspflicht. Meistens muss der Arbeitgeber aber keine tatsächlichen Nachteile fürchten. Dann handelt es sich auch nicht um Betriebsgeheimnisse. ■

Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

► www.igmetall.de/metallzeitung

► www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE

Wer Recht hat, soll Recht bekommen

Jedes Jahr leistet die IG Metall in etwa 50 000 Verfahren vor Arbeits- und Sozialgerichten Rechtsschutz. Pro Fall werden für das jeweilige Mitglied durchschnittlich 3500 Euro erstritten. Voraussetzung: Die Mitgliedschaft in der IG Metall und die Zahlung des satzungsgemäßen Beitrags. Dafür bietet der Rechtsschutz der IG Metall ihren Mitgliedern sachkundige Beratung und kostenlose Prozessvertretung – wenn nötig durch alle Instanzen.

? Bei welchen Fragen bekommen Mitglieder Rechtsberatung und Rechtsschutz?

Bei Streitigkeiten nach Arbeitsunfällen, Kündigung oder Krankheit. Oder Auseinandersetzungen um Rentenbescheide, Abfindungen, Lohnabrechnungen und vielerlei mehr sind Gegenstand der Klagen bei den Arbeits- und Sozialgerichten. Rechtsberatung gibt es aber auch bei Fragen zu: Urlaub und Urlaubsgeld, Mutterschutz, Abmahnung, Arbeitszeugnis oder auch bei Fragen zur betrieblichen Altersversorgung.

? Wer zahlt bei einer Kündigungsschutzklage die juristische Prozessvertretung des Arbeitgebers und die Gerichtskosten?

In sämtlichen arbeitsrechtlichen Streitfällen, beispielsweise Kündigungsschutzverfahren und Auslegung von Tarifverträgen, aber auch bei säumigen Lohn- und Gehaltszahlungen ist die Beratung, Unterstützung und Vertretung kostenfrei, und zwar in der Ersten und Zweiten Instanz.

? Was sind sozialrechtliche Auseinandersetzungen?

Hierunter fallen Fragen zur Renten- oder Arbeitslosenversicherung, gesetzlichen Unfall- oder Krankenversicherung oder die Feststellung der Schwerbehinde-

rung. Die Juristen der IG Metall oder des DGB-Rechtsschutzes beraten, unterstützen und vertreten ihre Mitglieder vor den Trägern der Renten-, Kranken- oder Unfallversicherung sowie der Arbeitsförderung – und zwar in allen Instanzen.

? Und was gilt für Erwerbslose, Senioren oder Zivil- und Wehrdienstleistende?

Für alle Personen gilt: Mitglied bleiben. Denn die – kostenlose – rechtliche und soziale Beratung ist eine Leistung die im Mitgliedsbeitrag enthalten ist.

Erwerbslose werden in allen Fragen die mit dem Tarif-, Vertrags- und Betriebsverfassungsrecht zu tun haben, beraten. Ebenso bei Verhandlungen mit dem bisherigen oder neuen Arbeitgeber.

Senioren werden bei Prozessen gegen den Sozialversicherungsträger wie die Deutsche Rentenversicherung, die Krankenkasse, das Arbeitsamt, die Berufsgenossenschaft oder die Versorgungsämtern vertreten. Gleiches gilt bei



mmen – mit der IG Metall



Foto: www.bilderbox.de

Metaller haben es besser: Die Prozessvertretung kostet sie keinen Cent.

Streitigkeiten aus der Pflegeversicherung, soweit sie sich gegen die gesetzliche Krankenkasse richtet.

Für Zivil- und Wehrdienstleistung gibt es die kostenlose Beratung bei Fragen zur Musterung, Verweigerung und auch Rückstellung vom Zivil- oder Wehrdienst und bei der Wiederaufnahme einer Beschäftigung sowie bei arbeits- und tarifrechtlichen Fragen.

? Muss der Rechtsschutz beantragt werden oder kann ich einfach einen Anwalt meiner Wahl beauftragen

STARKE LEISTUNGEN

- Unterstützung bei Streik, Maßregelung, Aussperrung
- Unterstützung im Todesfall
- Information, Kommunikation, Qualifizierung

Die Leistungen der IG Metall sind in der Satzung verankert. Über weitere – kostenlose – Angebote für Mitglieder wird in loser Folge in den kommenden Ausgaben der **metallzeitung** berichtet.

und dann die Kosten hierfür bei der IG Metall einreichen?

Bei einem arbeits- oder sozialrechtlichen Problem gilt: Erster Ansprechpartner – neben dem Betriebsrat – ist die örtlich zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall. Dort gibt es eine Erstberatung. Die Verwaltungsstelle prüft und entscheidet dann, ob Rechtsschutz gewährt wird. Darum müssen Betroffene vor Beauftragung eines Anwalts Rechtsschutz beantragen – nicht erst, nachdem der Anwalt eingeschaltet wurde. Unter Umständen bedeutet das sonst: Die Kosten für den Anwalt müssen aus der eigenen Tasche gezahlt werden.

? Was zuerst tun bei Problemen?

Telefonisch einen Termin mit der Verwaltungsstelle ausmachen. Kontaktdaten sind auf dem Mitgliedsausweis der IG Metall aufgebracht. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr zum Rechtsschutz unter:

► **www.igmetall.de**

→ Die IG Metall

→ Leistungen

WAS MICH BESCHÄFTIGT ...

»Nach 35 Jahren drohte die Abschiebung«

metallzeitung sprach mit Turan Kaya, der mit Hilfe der IG Metall seinen unbefristeten Aufenthalt sichern konnte.

metallzeitung: Die Osnabrücker Ausländerbehörde wollte ja deine Aufenthaltserlaubnis einschränken, obwohl du schon 35 Jahre in Deutschland lebst. Hast du etwas angestellt?

Turan Kaya: Nein, ich bin seit 35 Jahren bei Karmann beschäftigt und habe mir nie etwas zu Schulden kommen lassen.

metallzeitung: Was war der Grund für die Probleme?

Kaya: Ich hatte vor 2000 einen deutschen und einen türkischen Pass. Doch aufgrund der neuen Einbürgerungsbestimmungen war das nach dem Jahr 2000 plötzlich untersagt. Da ich dennoch beide Staatsbürgerschaften besaß, habe ich mich dann selbst angezeigt.

metallzeitung: ...ein Fehler...

Kaya: ...ja, erst habe ich die deutsche Staatsbürgerschaft verloren, dann wurde mein Aufenthalt auf zwei Jahre befristet. »Niederlassungsrecht« heißt das heute. Da wurde mir erst klar, dass ich in die Türkei abgeschoben werden kann und deshalb habe ich dann ja auch die IG Metall eingeschaltet.

metallzeitung: Das hat sich offenbar gelohnt.

Kaya: Ja, ich war lange Vertrauensmann und konnte mich immer auf die IG Metall verlassen. Meine Gewerkschaft hat mich auch diesmal unterstützt. Mit Hilfe der IG Metall konnte ich durchsetzen, dass mein Aufenthaltsrecht unbefristet gilt.

metallzeitung: Müsste sich das Einbürgerungsrecht ändern?

Kaya: Allerdings. Wer Jahrzehnte in Deutschland gearbeitet hat, muss die deutsche Staatsbürgerschaft oder eine doppelte Staats-



Foto: Friso Gentsch / eye-work.com

Metaller Turan Kaya kann mit Hilfe der IG Metall in Deutschland bleiben.

angehörigkeit erhalten. Das würde vielen helfen, sich zu integrieren. In anderen Ländern wird das doch längst so gehandhabt.

metallzeitung: Seit dem 1. Mai bist du in Rente. Wirst du in Deutschland bleiben?

Kaya: Natürlich, meine Familie ist nach 35 Jahren hier verwurzelt, unsere drei Kinder sind hier geboren und inzwischen erwachsen. Die Türkei ist für uns nur Urlaubsland. ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

Anzeige

LAUT UND LEISE

Ausstellung »Neonazis und Soziale Frage«

Auf neun Tafeln zeigt die Ausstellung, wie Rechtsextreme soziale und gewerkschaftliche Themen für ihre Propaganda missbrauchen. Und welche scheinbar einfache Antworten sie auf diese Fragen geben. Scheinlösungen, die in der heutigen komplexen Wirtschaftswelt nicht funktionieren – und denen vor allem ein menschenverachtendes Weltbild zu Grunde liegt: Arbeitsplätze, Mindestlohn, soziale Sicherheit – aber »nur für Deutsche«. Die Ausstellung gibt auch konkrete praktische Handlungstipps gegen Rechts. Die IG Metall-, Verdi- und DGB-Jugend Berlin-Brandenburg sowie die Antifaschistische Linke Berlin haben die Ausstellung für Bildungszwecke, etwa in Berufsschulen erstellt. Sie ist derzeit in Berlin und in einigen Gewerkschafts-Bildungsstätten zu sehen. Infos und Buchung: ► www.igmetall-bbs.de → Neonazis und soziale Frage



Foto: FM

50 Jahre Migration nach Deutschland

Vor über 50 Jahren wurden die ersten »Gastarbeiter« nach Deutschland geholt. Sie wohnten gemeinsam isoliert in Baracken. Im Betrieb wurden sie oft als »Itaker« oder »Kanaken« diskriminiert. Eine echte Integrationspolitik gab es im »Land der Stille« nie. Mit Beginn der Massenarbeitslosigkeit, 30 Jahre später, wollte das konservative und rechte Deutschland die »Gäste« plötzlich nicht mehr. Bei ihrem Kampf um Anerkennung und Gleichberechtigung wurden die Gewerkschaften Hoffnungsträger der Migranten, die sich organisierten und aktiv Gewerkschaftspolitik machten. Bernardino Di Croce, selbst über 30 Jahre Sekretär der IG Metall Stuttgart, und viele andere Migranten schreiben in diesem Buch über ihre guten und schlechten Erfahrungen. Ein sehr lesenswertes Dokument deutscher Geschichte. »Das Land, das nicht unser Land war«, Bernardino di Croce (Hg.), Verein für Migration & Integration, Von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2006, zwölf Euro. ► www.vonLoeper.de → Migration

**Videos der IG Metall bei You Tube im Internet**

Ob zu Aktionen zur Tarifrunde, Demos oder Themen quer durch die Arbeitswelt: Metallerinnen und Metaller haben dazu Filme produziert. Insbesondere die Jugendlichen sind sehr kreativ. Vieles ist spontan entstanden. Wie im richtigen Leben. Die Filme sind für Bildungszwecke verwendbar oder schlicht schön anzusehen. Einfach das Stichwort »IG Metall« in Internet-Videoportalen wie »www.youtube.com« oder »www.myvideo.de« eingeben. Weitere Links zu IG Metall-Filmen gibt es unter: ► www.igmetall.de/metallzeitung

**MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE**

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

So schnell wie möglich arbeitslos melden

Wer bald ohne Job ist und problem- und vor allem übergangslos Arbeitslosengeld erhalten will, muss wichtige Regeln beachten.



Foto: Gellert / GAF / iaf

Geld gibt es nur, wenn sich Betroffene persönlich beim Arbeitsamt melden.

Gekündigte Beschäftigte müssen sich innerhalb von drei Monaten vor Beginn der Arbeitslosigkeit bei ihrer Arbeitsagentur persönlich arbeitslos melden. Zuvor müssen Arbeitnehmer aber ihrer Pflicht zur »frühzeitigen Arbeitssuche« nachgekommen sein (siehe auch **metallzeitung** 4/2008).

»Wer spätestens am ersten Tag der Beschäftigungslosigkeit die Arbeitsagentur aufsucht, erleidet zwar keine Nachteile, muss aber unter Umständen auf sein Geld warten«, warnt Martin Künkler von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosen-gruppen in Berlin.

Beim persönlichen Termin müssen der Personalausweis oder Reisepass mit aktueller Meldebescheinigung und auch alle Arbeitspapiere mitgenommen werden.

Arbeitslosengeld bekommt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens zwölf Monate versicherungspflichtig beschäftigt war. Das Arbeitslosengeld wird längstens zwölf Monate gezahlt. Wer äl-

ter als 55 Jahre ist, bekommt es bis zu 24 Monate. Gezahlt wird ab dem Tag, an dem Betroffene tatsächlich beschäftigungslos sind. **■ Tipp:** In der Regel müssen neben dem Antrag auf Arbeitslosengeld weitere Vordrucke, zum Beispiel ein Fragebogen zum Verlust der Arbeit, ausgefüllt werden. Besser ist es, den Fragebogen in Ruhe zu Hause auszufüllen. Wenn der sogenannte Bewilligungsbescheid geschickt wird, sollte geprüft werden, ob Arbeitsentgelt, Steuerklasse, Kinderzahl und Leistungsdauer richtig erfasst und berechnet wurden. Denn davon hängt die Höhe des Arbeitslosengelds ab.

Dem Bescheid kann innerhalb eines Monats widersprochen werden. Ist ein Widerspruch notwendig, bekommen Metallerinnen und Metaller bei ihrer zuständigen IG Metall-Verwaltungsstelle vor Ort Rat und Hilfe. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Mehr Infos zur Arbeitslosmeldung gibt es unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

RÄTSEL

1	2	3		4	5		6		7	8	9
10				11			17		12		
13		6	14				15	16			1
		17		11			18				
19	20		4			21				22	
23				24	25	9		26	27		
	10		28				29				30
31		32	2		33				34		
		35		36		37		38		39	14
40	41	12		42	43			3	44		
45	13		46		5		47			48	
49		50				51	8		52		53
		54						55		16	
56		15				57		7			

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----

WAAGERECHT

- 1 Spielart beim Tennis
- 6 indischer Hauptgott
- 10 Präposition
- 11 Tierfellprodukt
- 12 elektrisch geladenes Teilchen
- 13 altägyptischer Gott
- 15 Mienenspiel
- 17 Salbengrundlage
- 19 Heilpflanze
- 21 Sorte
- 22 chemisches Zeichen für Strontium
- 23 Teil des Autos (Kurzwort)
- 24 Bezeichnung für den Strichcode auf Waren (Abkürzung)
- 26 Empfehlung
- 28 spanischer Filmregisseur (Pedro)
- 31 eitler Mann
- 33 französisch: Insel
- 34 Arnozufluss
- 35 Ding (lateinisch)
- 37 tatsächlicher Bestand
- 39 chemisches Zeichen für Rhodium
- 40 sächlicher Artikel
- 42 Malergerät
- 45 Autokennzeichen von Aachen
- 46 wüst und leer
- 47 griechischer Kriegsgott
- 49 weiches Ziegenleder
- 52 eines der Mainzelmännchen
- 54 Kreisstadt an der Müritz
- 55 lateinisches Wort für: dasselbe
- 56 Ort auf Grönland (dänischer Name)
- 57 Goldgräber

SENKRECHT

- 1 tschechischer Komponist † (Antonín)
- 2 kleiner Fluss in Baden
- 3 nicht öffentlich
- 4 Brief der Apostel
- 5 Weintraubenernte
- 6 türkische Hafenstadt
- 7 US-Münze
- 8 König (französisch)
- 9 Teil des Schiffszubehörs
- 14 Gattin des Ägir
- 16 einleitendes Musikstück
- 18 Wollfett
- 20 Ort, Stelle, Position
- 22 Mitglied der Beatles (Ringo)
- 25 US-Amerikaner (umgangssprachlich)
- 27 lateinisches Grußwort
- 28 Stadt im Erzgebirge
- 29 Stadt an der Mulde
- 30 Segelquerstange
- 31 Umsicht
- 32 Kunst (lateinisch)
- 36 Durchgangshindernis
- 38 ostspanischer Küstenfluss
- 41 Ausruf des Erstaunens
- 43 plötzlicher Einfall
- 44 unverheiratet
- 46 ellipsenförmige Fläche
- 48 südfranzösischer Hafen
- 50 Europäische Währungsunion (Abkürzung)
- 51 Autozeichen für Andorra
- 53 Treffer beim Fußballspiel
- 55 Abkürzung für: Dekagramm

Die Gewinner

Das Lösungswort aus März lautete:

Flächentarifvertrag

Erster Preis:

Vincenzo Imperiale, Solingen

Zweiter Preis

Linda Turner, Elmstein

Dritter Preis:

Cynthia Galla, Berlin

Der Zusatzgewinn im März:

Je eine Sicherheitsweste geht an

Helmut Suchalla, Blankenburg

Christine Reimann, Lauchhammer

Ingo Friedrichs, Gifhorn

Je ein Schweizer Messer geht an

Günther Götz, Östringen,

Manfred Möckel, Reichenbach

Einsendeschluss

27. Mai 2008

Zu gewinnen sind dieses Mal



Foto: Michael Schinke

Erster Preis

18 Flaschen Rioja, eine Sonderabfüllung der spanischen Metallgewerkschaft MCA.



Zweiter Preis

Ein original Steiff-Teddy »Petsy«.



Dritter Preis

Ein Lexikon »Der Brockhaus Alternative Medizin«

Sonderpreise: Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung

■ zwei ID-Bänder mit dem Aufdruck »metallzeitung – Wir schärfen den Blick.«

Das Lösungswort unter Angabe des Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60239 Frankfurt. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

DA GEHT WAS



Hähnchen statt Lohn

Murrhardt ist ein Erholungsort im Herzen des idyllischen Schwäbischen Waldes nordöstlich von Stuttgart. Auch dort müssen die Menschen leben können und arbeiten. Bei Bosch zum Beispiel, dem größten Arbeitgeber im Städtchen. Oder beim drittgrößten, dem Druckgusswerk Schweizer & Weichand. Da erstritten sich die Beschäftigten zum ersten Mal einen Tarifvertrag.

Foto: Alexander Ahle

Schweizer & Weichand in Murrhardt: Mit Warnstreik zum ersten Tarifvertrag

Als Celal Aydemir im Jahr 1990 zu Schweizer & Weichand kam, zahlte die Gießerei für Magnesium und Aluminium die besten Löhne im Umkreis. Bessere sogar als der Bosch – aber das hat sich mit den Jahren geändert. Schweizer & Weichand war nie tarifgebunden und konnte Einkommenserhöhungen nach Gutdünken gewähren. Weil diese stets niedriger ausfielen als die tariflichen Erhöhungen, schmolzen die Realeinkommen der Beschäftigten immer mehr dahin. »Der Bosch hat uns überholt«, sagt Celal Aydemir, der inzwischen zum stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden und Leiter der IG Metall-Vertrauensleute gewählt worden ist.

Also wuchs in der Belegschaft mit heute 143 Beschäftigten die Unzufriedenheit. Es bedurfte noch eines Anstoßes von außen, bis aus dem Unmut der Mut zur Veränderung wurde: Nicht weit weg, in Hattenhofen (Kreis Göppingen), erstritt sich die Belegschaft der Firma Plattenhardt im Sommer 2007 einen Haustarifvertrag. Plattenhardt ist die Schwesterfirma von Schweizer & Weichand – beide

gehören zur gemeinsamen Holding Schweizer Group. Als die Murrhardter davon hörten, »da war die Stimmung plötzlich da«, schildert Celal Aydemir: »Das können wir doch auch.«

Es begann der mühsame Prozess der Organisation und Vorbereitung. Mitglieder wurden geworben und nach einigen Monaten war der Organisationsgrad von 17 auf über 66 Prozent gestiegen – fast eine Vervierfachung. »Ohne diese großartige Mitgliederentwicklung wäre es nicht gegangen«, sagt Anne Rieger, Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen. Sie betreute den Prozess: Mitgliederversammlungen wurden oft sonntagsmorgens abgehalten, Vertrauensleute gewählt und am Ende Tarif- und Verhandlungskommission. Klare Forderung: Anerkennung der Flächentarifverträge und als erstes, weil »das nur schrittweise geht«, sagt Aydemir, verbesserte Einkommen. In der ersten Verhandlung bot die Geschäftsleitung monatlich 40 Euro, ab Juli stattdessen 1,8 Prozent mehr – aber nur bei gutem Halbjahresergebnis, also ertragsabhängig. Die Mitglieder

waren sich einig: So nicht – ein Warnstreik sollte das verdeutlichen. Der Termin war Anfang März schon festgelegt (nur Eingeweihte wussten es) – da wollte die Geschäftsleitung für das gute Februar-Ergebnis ein halbes Hähnchen spendieren – statt mehr Einkommen. Anne Rieger: »Da war das Maß voll.«

Der Warnstreik wurde ein Erfolg, »es haben mehr teilgenommen als wir erwarteten«, sagt Celal Aydemir. In der folgenden Verhandlung gab es unter diesem Eindruck ein Ergebnis: den ersten Tarifvertrag mit kräftigen Entgelterhöhungen, ein tariflich gesichertes Urlaubs- und Weihnachtsgeld, dazu die Verpflichtung, einen Anerkennungstarif zu verhandeln. Aydemir: »Ohne die IG Metall hätten wir das nicht geschafft.« Im Sommer sollen die anderen Tarifregelungen übernommen werden – und da wird vielleicht nochmals Druck notwendig werden. ■

Uli Eberhardt

Weitere Einzelheiten unter:

► www.waiblingen.igm.de → Meldungen

DIE GUTE IDEE

Mit Tarifcheck Kfz-Betriebe für Tariftreue auszeichnen

Die IG Metall Küste fragt in Autohäusern und Werkstätten nach: Haltet ihr Tarifverträge ein? Die »Guten« werden öffentlich geehrt.

Der Chef der Kfz-Innung Hanno Lüttmer ärgert sich. Zahlreiche Anrufer wollen wissen, warum er in seinen Betrieben gegen Tarifverträge verstößt.

Die Firma Nordostsee Automobile hingegen freut sich. Sie erhält derzeit positive Kundenrückmeldungen. Kein Wunder, denn sie erhielt eine Tariftreue-Urkunde.

»Wir informieren unsere Mitglieder über die tariftreuen und die nicht-tariftreuen Betriebe. Per Aushang in den Betrieben, über E-Mail und Internet«, erklärt Michael Schmidt von der IG Metall Flensburg, die den Tarifcheck angestoßen hat. Und: Die Verleihung der Tariftreue-Urkunde erfolgt öffentlich. Jedesmal ist die Presse dabei. Alle lokalen Zeitungen berichten. Sogar die Wochen-Anzeigenblätter. Schließlich geht es ja um etwas Positives.

Der Kfz-Arbeitgeberverband jedoch hat kein Interesse an positiven Berichten über tariftreue Betriebe. »Die Landesinnung ist genervt«, meint Schmidt. »Die fordern ihre Mitgliedsbetriebe dazu auf, der IG Metall nicht zu antworten und sich nicht ehren zu lassen.«

Viele Betriebe machen, was der Verband anordnet: Bei den bisherigen öffentlichen Urkunden-Verleihungen verweigerte die Geschäftsleitung die Annahme – und schickte Leute aus der dritten Reihe vor die Kameras. »Auch die Journalisten merken mittlerweile: Da stimmt was nicht«, erzählt Metaller Schmidt.

Die Kfz-Arbeitgeber im Norden wollen nämlich raus aus ihrem Tarif. Sie haben den Manteltarifvertrag gekündigt, der unter anderem Arbeitszeiten und Urlaub regelt. Also: länger arbeiten, weniger Urlaub. Derzeit laufen harte Auseinandersetzungen. Die Beschäftigten wehren sich. Auch in Flensburg, wo sich überraschend viele an Warnstreiks beteiligten.

Der Tarifcheck hat dazu beigetragen, das Thema Kfz-Tarif in die Öffentlichkeit zu tragen. Und er läuft jetzt überall im Bezirk Küste. Und auch Verwaltungsstellen anderer IG Metall-Bezirke haben sich schon in Flensburg nach dem Tarifcheck erkundigt. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung



Michael Schmidt (links) gibt Tariftreue-Urkunde dem Autohaus Kaim in Leck.

PRODUKT DES MONATS



Foto: Dura

Dura-Teppichboden filtert die Raumluft und sorgt so für gutes Klima.

Intelligente Textilien für ein gesundes Wohnen

Gegen Mief und Giftdunst in der Wohnung: Textilien, die Schadstoffe nach dem Katalysatorprinzip aus der Luft filtern.

Ob gegen kalten Zigarettenqualm oder Ausdünstungen von Lack und Lösungsmitteln: Die »drapilux«-Stoffe der Firma Schmitz in Emsdetten sorgen als Möbelbezug oder Gardine für saubere Raumluft. Schadstoffe wie Formaldehyd, Ammoniak oder Nikotin werden in einer chemischen Reaktion in harmlose Stoffe umgewandelt. TÜV-geprüft und umweltverträglich.

Ähnlich funktioniert der Teppichboden der Firma Dura in Fulda. Der Katalysator-Wirkstoff sitzt in der Rückenverklebung des Bodenbelags. Dabei sind die Kat-Textilien kaum teurer als andere Stoffe. Beide Hersteller fertigen komplett in Deutschland und sind tarifgebunden. Die Beschäftigten sind mehrheitlich in der IG Metall. Besonders Schmitz gilt als kampffähiger Betrieb.

Und die Arbeitsbedingungen bei Schmitz sind gut, betont der Betriebsratsvorsitzende Jürgen Böringschulte. »Statt auf Kosten setzen wir auf supergute Produkte. Innovation ist das A und O.« Schmitz hat schon viele Preise für

Innovation gewonnen. Nicht nur für seine luftreinigenden Textilien. Darüber hinaus gibt es auch schwer entflammbare, schalldämmende und antibakterielle »drapilux«-Stoffe. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr Infos bei den Herstellern:

► www.drapilux.de

► www.duraair.de

Anzeige

IN KÜRZE

Unfall bei Dauerregen

Arbeitnehmer, die während einer beruflichen Fahrt einen Autounfall haben, können die Unfallkosten als Werbungskosten in der Steuererklärung geltend machen. Eine berufliche Fahrt ist beispielsweise die tägliche Fahrt zur Arbeit oder eine Dienstreise. Die Kosten können sogar dann abgesetzt werden, wenn der Unfall selbst verursacht wurde. Die Kosten müssen dem Finanzamt nachgewiesen werden. Darum alle Rechnungen und Belege aufheben und diese der Steuererklärung beilegen. Tipp: Oft gibt es Streit mit dem Finanzamt um die Frage, ob der Unfall tatsächlich auf einer beruflichen Fahrt passiert ist. Betroffene sollten sich vom Arbeitgeber bescheinigen lassen, dass sie auf dem Weg zur Arbeit waren. Ein Polizeibericht mit Zeitpunkt und Ort kann ebenfalls hilfreich sein.

Rentenlexikon

Das Rentenlexikon des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erläutert die wichtigsten Fachbegriffe der gesetzlichen Rentenversicherung und der zusätzlichen Altersvorsorge. Neben Erläuterungen zu den am häufigsten nachgefragten Schlagwörtern wie »Altersgrenze«, »Riester-Förderung« oder »Witwenrente« gibt es auch Informationen zum Themenkomplex Rente in alphabetischer Reihenfolge.

► www.rentenlexikon.bmas.de

Charaktere erkennen

Cholerisch, melancholisch, sanguinisch oder phlegmatisch – in jedem von uns sind alle vier Temperamente vereint. Aber nur eins davon hat die Vorherrschaft. Welche Auswirkungen diese auf unseren Charakter und damit auf unser privates oder berufliches Leben haben, erklärt die Autorin in unterhaltsamer und amüsanter Weise. Ein Buch, um Andere zu verstehen – und auch eigene Stärken und Schwächen zu erkennen. Gabriele Dietrich, »Typisch. Vom Umgang mit Cholerikern und anderen Temperamenten.« Gütersloher Verlagshaus, 2007, 14,95 Euro.

ARBEIT

UNSERE TIPPS



Illustration: Image Zoo

Arbeitszeugnis: So geht's

Das Arbeitszeugnis ist die Visitenkarte eines jeden Bewerbers. Es ist der wichtigste formelle Nachweis der beruflichen Fähigkeiten und Leistungen. Deshalb sollte jeder Beschäftigte sein Zeugnis nach Empfang genau überprüfen und gegebenenfalls ändern lassen.

Beschäftigte haben Anspruch auf ein Arbeitszeugnis. Dieser Anspruch umfasst allerdings nur ein einfaches Zeugnis, das lediglich Art und Dauer der Beschäftigung beschreibt. Ein »Qualifiziertes Zeugnis« hingegen enthält zusätzlich Angaben über die Leistung des Arbeitnehmers und sein Verhalten. Der Arbeitgeber ist zur Erstellung eines Qualifizierten Zeugnisses erst verpflichtet, wenn der Beschäftigte dies verlangt.

Der Arbeitgeber oder ein Vertreter muss das Arbeitszeugnis unterschreiben. Außerdem ein fachlicher Vorgesetzter, wenn dies notwendig ist, um die fachliche Qualifikation zu dokumentieren.

Beim Zeugnisempfang muss darauf geachtet werden, dass es auf einem Geschäftsbriefbogen, ohne Rechtschreibfehler, Flecken sowie mit Datum und Unterschrift er-

stellt wurde. Es sollte nicht kürzer als eine Dreiviertelseite sein.

Die Formulierung ist grundsätzlich Sache des Arbeitgebers. Das Arbeitszeugnis soll wohlwollend aber auch wahrheitsgemäß sein. Ist zum Beispiel durch Elternzeit oder Krankheit eine we-

sentliche Unterbrechung der Beschäftigung erfolgt (mehr als die Hälfte der Arbeitszeit), darf sie erwähnt werden. Ist die Dauer nur unwesentlich, gehört dies ebenso wenig ins Zeugnis wie Angaben zu Privatleben, zur Gewerkschaftsmitgliedschaft, zum Gehalt, zur Weltanschauung oder zur Betriebsratsstätigkeit.

Eine Korrektur des Zeugnisses kann man einfordern wenn:

- es an wohlwollenden Beurteilungen fehlt,
- die Form unüblich ist, wie zum Beispiel E-Mail statt Brief,
- bei Rechtschreibfehlern,
- wichtige Dinge einfach weggelassen werden. Auskünfte erteilt der DGB-Rechtsschutz vor Ort.

Susanne.Rohmund@igmetall.de

ZEUGNISNOTEN

- »stets zu unserer vollsten Zufriedenheit erledigt« – Note: Sehr gut.
- »stets zur vollen Zufriedenheit« – Note: Gut.
- »stets zur Zufriedenheit« – Note: Befriedigend.
- »zur Zufriedenheit« – Note: Ausreichend.
- »im Großen und Ganzen zur Zufriedenheit« – Note: Mangelhaft.

Mehr Infos rund um das Thema:

► www.igmetall.de/metallzeitung

SO GEHT ES BESSER

Die »zweite Chance« im Lehrstellen-Karussell

IG Metall, Betriebe und Arbeitsagentur fördern benachteiligte Jugendliche, die durch die Eignungsprüfung gefallen sind.

Beim alljährlichen Run auf die knappen Ausbildungsplätze bleiben Zigtausende auf der Strecke. Besonders schlechte Karten haben Jugendliche, die Schwächen haben: zum Beispiel keinen Dreisatz rechnen können oder Sprachprobleme haben. Ihnen will die IG Metall in Nordrhein-Westfalen seit April mit einem neuen Tarifvertrag helfen. Der Tarifvertrag gilt für die Metallindustrie. Aber Pate standen Erfahrungen der großen Duisburger Stahlunternehmen.

»Ich hatte einen schlechten Tag. Darum bin ich beim Eignungstest durchgerasselt«, erinnert sich Christian Reckert. Vor ein paar Jahren hatte sich der heute 20-jährige Duisburger um einen Ausbildungsplatz bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) beworben. Und eine Absage bekommen. Aber kurz danach bekam er Post. Er könne an einem Lehrgang bei HKM teilnehmen. Das tat Reckert. Denn die zehn Jugendlichen, die das jedes Jahr neun Monate lang machen und danach eine Prüfung bestehen, haben einen garantierten Ausbildungsplatz. Das fand er »super«. Aber auch den Lehrgang

selbst: »Ich hab' mein Mathe-Wissen aufgefrischt und viel Praktisches gelernt, wie Drehen, Fräsen, Bohren. Wir haben sogar einen ganzen Lkw gebaut.« Christian Reckert ist inzwischen Azubi im zweiten Lehrjahr.

»Die zweite Chance – unter der Überschrift läuft das bei uns«, berichtet Ulrich Kimpel. Er ist im Betriebsrat, von dem die Initiative zu dem Förderprogramm kam. »Wir wollten aber auch Benachteiligten eine Chance geben.« HKM sorgt für die Ausbilder und den Unterricht. Die Arbeitsagentur finanziert das Ganze.

Bei HKM ist das Programm betrieblich vereinbart. Für die Metallindustrie gibt es das Angebot jetzt tariflich. Die Teilnahme ist aber freiwillig. Die, die es machen, werden von den Berufskollegs unterstützt: Sie helfen den Jugendlichen, schulische Defizite zu beseitigen. Entgelt erhalten die Mädchen und Jungen auch: Es orientiert sich an der Ausbildungsvergütung. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Informationen unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung



Foto: Manfred Vollmer

Christian Reckert bekam nach dem Lehrgang seinen Ausbildungsplatz.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: www.bilderbox.de

Orientierung beim Neukauf gibt das Greenpeace-Hersteller-Ranking.

Giftfreie Notebooks noch immer Zukunftsmusik

In viele Notebooks werden noch immer giftige Materialien eingebaut. Das hat Greenpeace bei einem Test festgestellt.

Die Umweltschutzorganisation testete kürzlich Notebooks der Hersteller Acer, Apple, Dell, HP, Sony und Toshiba. Zwar haben diese in den vergangenen Jahren einige der gefährlichsten Stoffe aus der Produktion entfernt. Doch in den meisten Geräten sind immer noch gesundheitsgefährdende Stoffe wie PVC, bromhaltige Flammschutzmittel und auch Phthalate verbaut. Phthalate sind Weichmacher, die eine hormonähnliche Wirkung haben und bei Männern zu Unfruchtbarkeit und bei Nachkommen zu Missbildungen führen sollen.

Bromide kommen noch in 40 Prozent der Komponenten vor. Teilweise machen sie sogar bis zu zehn Prozent des Gesamtgewichts eines Bauteils aus. Am umweltfreundlichsten waren die Produkte von Sony. Am stärksten belastet die Geräte von Dell.

PVC wird für 44 Prozent aller Kunststoffummantelungen eingesetzt. Auch an der Kabelisolierung ist PVC zu finden, bei dessen Verbrennung krebserregende Stoffe entstehen.

Seit 2006 veröffentlicht Greenpeace vierteljährlich den »Guide to Greener Electronics«. Ulrike Kallee von Greenpeace sagt: »Seit dem Ranking bemühen sich einzelne Hersteller um Verbesserungen, andere sind davon leider noch weit entfernt.« ap

Mehr Infos für Anwender unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

Anzeige

ÖKONOMIE MAL ANDERS

Enfesselte Finanzmärkte zähmen

Finanzmärkte versorgen die Realwirtschaft nicht nur mit Geld. Sie konkurrieren auch mit ihr, sagt der Wiener Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister. Seine These: Immer mehr Unternehmer investieren in die Finanzmärkte statt in ihre Firmen. Dies sei eine wesentliche Ursache für die langfristige Schwäche des Wirtschaftswachstums, hoher Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung.

Arbeitslosigkeit, Konjunkturfloute, Staatsschulden – angesichts der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte lohnt es sich, folgender Frage nachzugehen: Welche Bedingungen ermöglichten in den 50er und 60er Jahren ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum bei Vollbeschäftigung, den Ausbau des Sozialstaats und eine sinkende Staatsverschuldung?

Entscheidend für diesen Erfolg war: Das Profitstreben konnte sich nur in der Realwirtschaft entfalten. Finanzinvestition und Spekulation waren nicht attraktiv. So lag der Zinssatz permanent unter der Wachstumsrate, die Wechselkurse wurden stabil gehalten, die Rohstoffpreise schwankten wenig und die Aktienkurse stiegen kaum. Unter diesen Bedingungen konzentrierte sich das Streben nach Profit auf die Realkapitalbildung, hohes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung waren die Folge.

Diese Dynamik drohte allerdings in den späten 60er Jahren die gesellschaftliche Machtverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu verschieben. Dementsprechend wurden die neoliberalen Losungen der 30er Jahre für die Vermögenden wieder attraktiv: Nur die Marktkräfte ermöglichten das ökonomisch und sozial Beste, Gewerkschaften und Sozialstaat



Foto: Cordula Kropke

Stephan Schulmeister kritisiert die Spekulanten.

müssten zurückgedrängt werden. Dies gelang durch die »Hintertür« mit der Entfesselung der Finanzmärkte. Sie schuf in Etappen jene »Sachzwänge«, welche das Europäische Sozialmodell immer mehr schwächten. 1971 wurden

die festen Wechselkurse aufgegeben. Danach wurde der US-Dollar abgewertet und schließlich löste der »Ölpreisschock« die globale Rezession in den Jahren 1974/75 aus. Eine weitere Entwertung des Dollars führte 1979/80 dann zum zweiten »Ölpreisschock« und zur Hochzinspolitik gefolgt von einer langen Rezession.

Seither liegt der Zins über der Wachstumsrate. Dies sowie instabile Wechselkurse aber auch steigende Preise für Rohstoffe schwächten die Investitionen und machten Spekulationen in Finanzprodukten für die Unternehmer immer attraktiver.

Mehr Spekulationen als Investitionen – diese Neigung der Unternehmer war in

Deutschland sogar stärker ausgeprägt als etwa in den USA. Denn dort mildert seit 1990 eine keynesianische Geld- und Fiskalpolitik die negativen Effekte des Finanzkapitalismus. Auch Privatpersonen widmen sich in Deutschland

in besonders steigendem Maß der Spekulation mit Finanzderivaten. Einige Indikatoren zur »finanzkapitalistischen Selbstentfremdung« der deutschen Wirtschaft: ■ 2006 war das Handelsvolumen auf der Derivatbörse Eurex in Frankfurt 46 Mal höher als das deutsche Bruttoinlandsprodukt, ■ der Handel mit Zinsderivaten ist 1600 Mal höher als die gesamten Brutto-Investitionen, ■ und der Handel mit Aktienderivaten ist 80 mal höher als die Unternehmensinvestitionen.

Folgender Widerspruch kann mit »neoliberaler Brille« nicht wahrgenommen werden: Der einzelne kann zwar durch solche Finanzspekulation gewinnen. Das Gesamtsystem aber nicht. Denn die Gewinne resultieren entweder aus Verlusten eines anderen oder aus Bewertungsgewinnen, denen Bewertungsverluste folgen, insbesondere am Aktienmarkt.

Insgesamt erweist sich der Finanzkapitalismus als ein mehrfach schlechtes Spiel: Spekulation destabilisiert Wechselkurse, Rohstoffpreise oder Aktienkurse, die Realkapitalbildung und damit das Wirtschaftswachstum werden gedämpft, die Arbeitslosigkeit steigt und wegen dieser »Sachzwänge« wird der Sozialstaat »abgemagert«. Dieser Finanzkapitalismus schwächt somit genau jene Komponenten der deutschen »Wirtschaftskultur«, welche ihre Stärke ausmachten: die Konzentration auf Investitionen und Innovationen in der Realwirtschaft (»Made in Germany«), die enge Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften (»rheinischer Kapitalismus«) und der soziale Zusammenhalt durch einen starken Sozialstaat (»Soziale Marktwirtschaft«). ■

ZUR PERSON

Stephan Schulmeister (60) ist seit 1972 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung sowie Lektor an der Universität Wien und an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Untersuchungen konzentrieren sich auf die Schwankungen

von Aktienkursen, Rohstoffpreisen, Wechselkursen sowie Zinssätzen und ihre Auswirkungen.

Seine These: Immer mehr Menschen verdienen ihr Geld am liebsten mit Finanzprodukten. Darin sieht er eine wesentliche Ursache für die langfristige Schwächung

des Wirtschaftswachstums und den damit verbundenen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung.

Mehr Informationen zu den entfesselten Finanzmärkten unter:

► <http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at>

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Demografischer Wandel

Mit dem demografischen Wandel wird seit Jahren Politik gemacht. Vor allem die Rentenversicherung wird unter dem Damoklesschwert der alternden Gesellschaft regelmäßig zusammengestutzt. Doch Experten sehen im demografischen Wandel eher ein Schreckgespenst.

Meistens ist er an allem Schuld, der sogenannte »demografische Wandel«: wenn Politiker Renten kürzen, Kranke zur Kasse bitten oder Sozialleistungen streichen, dann schieben sie es gerne auf ihn.

Dabei beschreibt der demografische Wandel zunächst nur, wie sich die Alterstruktur einer Gesellschaft entwickeln könnte. Grundlage der Vorhersagen sind Annahmen zur Geburtenrate, Lebenserwartung und zum Wanderungssaldo. Für Deutschland gehen die Prognosen von einer schrumpfenden und im Durchschnitt älteren Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten aus. Je nach Annahmen schwanken die Schätzungen. So prognostizierte das Statistische Bundesamt etwa 2003 für das Jahr 2050 zwischen 65 und 80 Millionen Einwohner.

Politiker und Wirtschaftsverbände nutzen dieses Szenario, um etwa das staatliche Rentensystem zu torpedieren und für private Vorsorge zu werben. Ihre Logik:

Wenn immer weniger Erwerbstätige immer mehr Renten und Sozialleistungen zahlen müssen, bricht das System zusammen.

Dagegen mahnen andere zur Vorsicht. Für den Statistiker Gert Bosbach ist es aber unseriös, 50-Jahres-Prognosen zur unumstößlichen Tatsache zu erklären. Denn eine Bevölkerungsprognose aus den 50er Jahren hätte weder Pilenknick, Einwanderung noch Mauerfall einrechnen können. Außerdem werde in den Rechnungen nicht fair verglichen. An-

gesichts der Arbeitslosigkeit sei das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern schon heute schlechter als es Demografieforscher für die Zukunft voraussagen. Die Gewerkschaften kritisieren auch, dass das demografische Modell die steigende Produktivität nicht berücksichtige. Steige sie etwa um jährlich 1,8 Prozent, würde trotz sinkender Beschäftigungszahlen der gesellschaftliche Reichtum wachsen und vieles bezahlbar bleiben. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Demografischer Wandel ist vielen kein Begriff

Mehr als die Hälfte der jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren kann mit dem Begriff »demografischer Wandel« nichts anfangen. Das ergab eine Umfrage im Auftrag des Bundesfamilienministeriums. Danach kannten 54 Prozent den Begriff nicht. Allerdings erwarten die meisten jungen Menschen negative Auswirkungen für ihre eigene Zukunft durch eine alternde Gesellschaft. Sie gehen davon aus, dass die Anforderungen in der Arbeitswelt steigen werden und von ihnen mehr Flexibilität erwartet wird.

► www.igmetall/metallzeitung.de

Zu wenig Weiterbildung

Im Jahr 2007 haben laut Institut für Berufsforschung (IAB) lediglich 22 Prozent aller Beschäftigten in deutschen Unternehmen eine Weiterbildung gemacht. Die berufliche Qualifizierung in Deutschland ist seit vielen Jahren rückläufig.

Nach einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung ist der Anteil der Firmen mit Weiterbildung von 67 Prozent im Jahr 1999 auf 54 Prozent im Jahr 2005 gesunken. Im europäischen Vergleich ist Deutschland damit auf einen Platz im hinteren Mittelfeld abgerutscht – hinter fast alle anderen westeuropäischen Länder. Selbst in Tschechien (63 Prozent der Unternehmen) und in Estland (56 Prozent) wird mittlerweile mehr weitergebildet. Gleichzeitig klagen deutsche Firmen über Fachkräftemangel und fordern erleichterte Zugangsregelungen für ausländische Fachkräfte.

Mit Tarif und Betriebsrat gibt es laut IAB mehr Weiterbildung: Während nur 21 Prozent der Beschäftigten in Betrieben ohne Betriebsrat im Jahr 2005 eine Weiterbildung machten, waren es in vergleichbaren Firmen mit Betriebsrat immerhin 28 Prozent.



DAS LETZTE

